

# POLEN *und wir*

Nr. 2/2009 - K 6045 - 3 EUR



Geschichte - Recht - Politik  
In memoriam Helmut Ridder  
S. 3-5

20 Jahre „Runder Tisch“ in Polen  
S. 6-13

Jazz in Polen - Interview mit Tomasz Stańko  
S. 26-27

**Liebe Leserin, lieber Leser!**

Unter dem Motto „Geschichte-Recht-Gerechtigkeit“ diskutierten am 28.2.2009 an der Freien Universität Berlin Wissenschaftler, Politiker und engagierte Bürger die Grundfragen der Demokratie, für die der verstorbene Jurist, Politikwissenschaftler und langjährige Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Prof. Helmut Ridder, sein Leben lang mit intellektueller Schärfe und Mut eingetreten ist. Es wurden zwar viele Themen des europäischen Gedenkjahres gegenwärtig, aber trotzdem nur ein kleiner Ausschnitt aus Ridders Werk beleuchtet, das jedoch als Teil eines größeren Kontextes verstanden werden muss. Auch noch 90 Jahre nach der Geburt Ridders und zwei Jahre nach seinem Tod werden seine Gedanken in Zukunft immer wieder Menschen anregen und Anlass zu politischen Auseinandersetzungen mit seinem Werk geben. Das hat die an der FU Berlin stattgefundene Konferenz gezeigt, die Friedrich Leidinger, stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD e.V., beobachtet und dokumentiert hat.

Aber auch der Runde Tisch in Polen steht in dieser Ausgabe im Mittelpunkt der Betrachtung, denn er feiert seinen 20. Geburtstag. Es haben sich Generationen vor und nach dem Runden Tisch entwickelt, die sich nur äußerlich ähnlich sind. Der Runde Tisch erregt trotz nicht äußerlich sichtbarer Kanten unterschiedliche Diskussionen in Polen, die wir in dieser Ausgabe aus verschiedenen Blickwinkeln näher beleuchten. Nicht nur am Internationalen Frauentag setzen sich polnische Aktivistinnen für mehr Gleichberechtigung in der polnischen Gesellschaft ein. Zusammen mit Mitgliedern der polnischen Bewegung „Kampagne gegen Homophobie“ kämpfen und demonstrieren sie für die Verwirklichung ihrer Losungen „Gleiche Löhne für Männer und Frauen“. Falls Sie das deutsch-polnische „Teatr Studio“ in Berlin noch nicht kennen, können wir Ihnen einen Theaterbesuch anlässlich des 5-jährigen Bestehens sehr empfehlen. Der Rückblick und ein Blick in den Spielplan versprechen einen anspruchsvollen Abend. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe und beim deutsch-polnischen Kulturprogramm!

Ihr Wulf Schade und Ihre Christiane Thoms

<b>Aus dem Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>In memoriam Helmut Ridder</b>	<b>3-5</b>
<b>Ähnlich ist nur das Äußere - Generationen vor und nach dem Runden Tisch</b>	<b>6-7</b>
<b>Polens Runder Tisch als historischer Kompromiss</b>	<b>8- 9</b>
<b>Dokumentation zur Diskussion in Polen</b>	<b>10-13</b>
<b>Barrieren und Brücken - schwedisch-poln. EU-Initiative</b>	<b>14-15</b>
<b>Auf Wiedersehen Püppchen - Frauentag in Polen</b>	<b>16</b>
<b>Polnische Häftlinge im KZ Sachsenhausen</b>	<b>17-18</b>
<b>Rückwärtsgewandte Geschichtssteuerung</b>	<b>19-20</b>
<b>Von Arbeitermiliz bis ZOMO</b>	<b>21-22</b>
<b>Reger Austausch - von beiden Seiten gesehen</b>	<b>23-24</b>
<b>Fünf Jahre „Teatr Studio am Salzuffer“ in Berlin</b>	<b>27</b>

**Wichtige Adressen:**

**Geschäftsführung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD:**

Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, T: 02858/ 7137, Fax: 02858/ 7945

Unsere Gesellschaft im Internet: <http://www.polen-news.de>

e-Mail: [dpg-brd@polen-news.de](mailto:dpg-brd@polen-news.de)

Redaktion **POLEN und wir**: Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791 Bochum

T: 0234/ 51 23 84, e-Mail: [w.schade@online.de](mailto:w.schade@online.de)

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen: c/o Klaus-Ulrich Göttner

Moldastr. 21, 10319 Berlin, Fax: 01212-5-305-70-560

e-mail: [vorstand@guteNachbarn.de](mailto:vorstand@guteNachbarn.de)

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld e.V. :

Theodor-Hürth-Str. 1, 33604 Bielefeld, Tel.: 0521-2705205, Fax: 0521-9774705

E-Mail: [info@dpg-bielefeld.de](mailto:info@dpg-bielefeld.de), [www.dpg-bielefeld.de](http://www.dpg-bielefeld.de)

Vorsitzender: Hans-Georg Pütz, Am Spielplatz 2, 32130 Enger

Tel.: 05224-986705, E-Mail: [hgpuetz@uni-bielefeld.de](mailto:hgpuetz@uni-bielefeld.de)

**DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT DER**

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.**

**1. Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Koch, Sprachwissenschaftler, Berlin - Stellv. Vorsitzender: Dr. Friedrich Leidinger, Psychiater, Hürth - Vorstand: Henryk Dechnik, Lehrer, Düsseldorf - Manfred Feustel, Steuerberater, Hünxe - Karl Forster, Journalist, Berlin - Dr. Egon Knapp, Arzt, Schwetzingen - Dr. Holger Politt, Gesellschaftswissenschaftler, Warschau - Wulf Schade, Slawist, Bochum - Christiane Thoms, Polonistin, Berlin**

**Beirat: Armin Clauss - Horst Eisel - Prof. Dr. sc. Heinrich Fink - Prof. Dr. Gerhard Fischer - Dr. Franz von Hammerstein - Christoph Heubner - Witold Kaminski - Dr. Piotr Łysakowski - Hans-Richard Nevermann - Eckart Spoo**

**Anschrift: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe Tel.: 02858/7137, Fax: 02858/7945**

**IMPRESSUM**

**POLEN und wir, Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung ISSN 0930-4584 - K 6045**

**Heft 2/2009, 26. Jahrgang (Nr. 89)**

**Verlag und Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.**

**Redaktion: Karl Forster, Dr. Friedrich Leidinger, Christiane Thoms, Wulf Schade (Vi.S.d.P.), Prof. Dr. Eva Seeber, Werner Stenzel**

**Redaktionsbüro: POLEN und wir**

**Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791**

**Bochum, Tel.: 0234/ 512384**

**e-mail: [w.schade@online.de](mailto:w.schade@online.de)**

**Lay-out: Wulf Schade, Bochum**

**Druck und Vertrieb: Oberheuser, Essen**

**Abonnenntverwaltung: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858/7945**

**Bezugspreis: Einzelheft 3,00 €, Jahres-Abonnement 12 €. Inkl. Versand, Auslands-Abos 10,00 € zzgl. Versandkosten, Mitglieder der**

**Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e.V. erhalten**

**"Polen und wir" im Rahmen ihrer Mitgliedschaft**

**Postbank Essen, Konto 342 56-430**

**BLZ 360 100 43**

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin überein. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:**

**15.Mai 2009**

**Titelfoto: Nachrichtensendung, Untertitel:**

**„War der Tod des Priesters eine Provokation?“ und „Der ehemalige Präsident: Der Runde Tisch führte uns in die Freiheit.“**

**Foto: Hans Kumpf, Bearbeitung: W.Schade**

**Rückseite: Fotos Hans Kumpf**

# Der Gesellschaft von heute das Bild der Gesellschaft von morgen vorstellen!

Von Friedrich Leidinger

Zwei Tage dauerte der Kongress „Geschichte - Recht - Politik“ im Konferenzzentrum der Freien Universität Berlin mit dem zwei Professoren der FU, Christoph Koch und Wolfgang Wippermann, zusammen mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD, der Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft und der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft unter der Schirmherrschaft des früheren Bürgermeisters der Hansestadt Bremen und EU-Beauftragten für Bosnien Hans Koschnick des 2007 im Alter von fast 88 Jahren verstorbenen Giessener Juristen und Politikwissenschaftlers und langjährigen Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Helmut Ridder gedacht. In Anwesenheit der Tochter des Geehrten debattierten Wissenschaftler, Politiker und engagierte Bürger, unter ihnen zahlreiche Schüler Ridders, Grundfragen der Demokratie, für die Ridder sein Leben lang wie kaum ein anderer Deutscher seiner Generation mit unübertroffener intellektueller Schärfe, mit Leidenschaft und Mut eingetreten ist.

Geprägt von der selbst erfahrenen Geschichte des Faschismus nahm er die Gründung der 2. deutschen Republik als Verheißung der noch zu verwirklichenden Demokratie ernst und ging mit Feuereifer daran, dem Recht als Grundlage bürgerlicher Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Von seiner eigenen Herkunft und Weltanschauung als westfälischer Katholik eigentlich dem bürgerlichen Lager zugehörig fand Ridder gerade hier seine schärfsten Gegner, denen er, der sich und den konservativen Werten seines Elternhauses ein Leben lang treu geblieben ist, vor-demokratisches Denken und in der Praxis

die Verhinderung der Republik, den bewussten Verrat an der demokratischen Sache vorwarf, so Christoph Koch, Sprachwissenschaftler und Nachfolger von Ridder als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in seinem Festvortrag. Aber auch gegenüber der politischen Linken blieb Ridder distanziert; er litt unter jenen, die Gesinnung über Wahrheit stellen und die den „Zivilisationsfaktor Recht“ gering-schätzend demokratische Prinzipien aus opportunistischen Gründen opfern. So blieb Ridder der unbestechliche „Anwalt der Republik“, die „sein müsste und könn-

te, aber immer noch nicht ist“, wie er in einer Ansprache zum 8. Mai 1985 formulierte. Sein wissenschaftliches und publizistisches Werk umfasst mehr als 500 Titel, geschrieben in brillanter, die Vertrautheit des Autors mit der Literatur des 19. und des



Das Tagungspräsidium mit Prof. Christoph Koch (Freie Universität Berlin), Dr. Dieter Deiseroth (Bundesverwaltungsgericht Leipzig), Gerhart Baum (Bundesinnenminister a. D.), Prof. Frank Deppe (Universität Marburg)

20. Jahrhunderts bezeugenden Prosa. Sein politisches Wirken umspannt einen weiten Bogen; von dem Eintreten gegen die Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung der BRD, als er 1958 mit dem Komitee für eine Volksbefragung vor dem Karlsruher Verfassungsgericht stand (und verlor), über die Feststellung der Gleichberechtigung von Ehegatten in Erziehungsfragen 1959 und die Verhinderung des adenauerschen Staatsfernsehens 1961 (beides erfolgreich) vor demselben Gericht, das er gleichwohl wegen seines Charakters als „über dem Souverän stehend“ als antirepublikani-

schen „Ersatzmonarchen“ kritisierte. Als Demokrat geißelte er das KPD-Verbot und den staatsdoktrinären Antikommunismus. In der Zeit der ersten „Großen Koalition“ wurde Ridder als Sprecher des 1966 gegründeten Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ zum profiliertesten Protagonisten gegen die „Notstandsgesetze“, mit denen die Verfassung angeblich vor einem „Übermaß an Freiheit“ geschützt werden sollte; er engagierte sich im Kampf gegen die „Berufsverbote“, die er „Demokratieverbote“ nannte, und knüpfte mit seiner Unterstützung des „Krefelder Appells“ gegen den NATO-Doppelbeschluss 1981 an dem friedenspolitischen Engagement der frühen Jahre an. Über seine Frau Maria fand er zu der 1948 als Hellmut-von-Gerlach Gesellschaft gegründeten Deutsch-Polnischen Gesellschaft, die er von 1977 bis 1993 leitete. Im deutsch-polnischen Verhältnis sah Ridder den Schlüssel für den Frieden in Europa, in der beharrlichen Weigerung der BRD, die durch den Krieg geschaffenen Realitäten anzuerkennen und durch die Rechtskonstruktion vom Fortbestand des Deutschen Reiches alle ab 1970 getroffenen Vereinbarungen unter einen Revisionsvorbehalt zu stellen, die gefährlichste Form des Revisionismus. Ridders Eintreten für die Verständigung mit Polen trug ihm 1983 die Ehrendoktorwürde der Universität Łódź und 1984 das Kommandeurskreuz des polnischen Verdienstordens ein. Und 1988 zu seiner Emeritierung verlieh ihm die Universität Jena die Ehrendoktorwürde für sein Lebenswerk, „aus dem auch die Juristen und Gesellschaftswissenschaftler der DDR Gewinn“ ziehen könnten. Es sagt viel über die Bonner Republik aus, dass sie diesem unermüdlichen Kämpfer für die Verwirklichung der bürgerlichen Revolution auf deutschem Boden, dessen Schüler in Staat und Justiz bis heute hohe und höchste Ämter bekleiden, eine vergleichbare Ehrung zu erweisen nicht vermochte.

Entstehung und Scheitern der Weimarer Republik standen im Mittelpunkt der Betrachtungen von Christoph Müller, emeritierter Professor für Staatsrecht und Politik der FU Berlin und Lothar Albertin, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker aus Bielefeld. Die revolutionäre Räte-demokratie sei weniger an Eberts SPD als an ihrer eigenen Schwäche gescheitert; ein repräsentatives parlamentarisches System sei alternativlos gewesen. Dennoch wurde das parlamentarische System den selbst gesetzten Zielen - einer Demokratisierung aller staatlichen Bereiche, einschließlich des Militärs nicht gerecht. Am Beispiel der Bildungspolitik zeigte Albertin, wie der Plan

einer demokratischen Erziehung an einer autoritär gesinnten Bürokratie und Lehrerschaft scheiterte. Der Versailler Vertrag wurde auch von der bürgerlichen Mitte bekämpft. Statt sich mit den politischen Gegnern auseinander zu setzen und der Öffentlichkeit die politischen Notwendigkeiten zu erklären, agierten ihre Parteiführer lieber im Verborgenen und paktierten heimlich mit den Rechtsradikalen. Schon Stresemann stellte resigniert fest, eine „Mehrheit der Stammtische hat sich offenbar auf die Diktatur eingeschworen“.

Scheitern musste die erste deutsche Demokratie schließlich durch das Versagen der Mitte und den „Druck von oben“, die Bedrohung durch die von Armee und Justiz gestützten Eliten des alten Regimes, allen voran Ludendorff, führte Wolfgang Wippermann, Historiker an der FU aus. Schon die auf den Notstandsartikel 48 der Weimarer Verfassung gestützten Regimes der von Papen, Brüning und von Schleicher zielten primär auf die Abschaffung der Demokratie. Am Ende stand die von Hindenburg vermittelte Koalition aus konservativen und faschistischen Antidemokraten. Die Republik sei im Gegensatz zur herrschenden Totalitarismuskonzeption keineswegs zwischen den Extremisten von links und rechts zerrieben worden. Die „wehrhafte Demokratie“ werde nicht von ihren Rändern her bedroht, sondern durch den fortlaufenden Abbau von Grundrechten. Statt Freiheit „Freiheitlichkeit“, statt Demokratie „FDGO“. Hier traf sich das wissenschaftliche und politische Engagement Ridders mit dem seines langjährigen Weggefährten Wolfgang Abendroth. Frank Deppe, Nachfolger Abendroths auf dessen Marburger Lehrstuhl, beschrieb die Geschichte der Freundschaft dieser zwei so unterschiedlichen Männer. Der 10 Jahre ältere Abendroth, überzeugter Marxist und Sozialist, Widerstandskämpfer und Partisan sah im Grundgesetz einen antifaschistischen Ursprung manifestiert, Ridder dagegen hielt dies für ideologisches Wunschdenken. Bei zum Teil sehr unterschiedlichen Überzeugungen waren sie in vielen Kampagnen und Aktionen Bundesgenossen. Wippermann nannte im Geiste Ridders das KPD-Verbot des Bundesverfassungsgerichts einen „juristischen Skandal“, der bis heute fortwirke und forderte die Aufhebung des Urteils und eine Entschädigung seiner Opfer.

Mit Spannung erwartet wurde der Diskussionsbeitrag des Kölner Rechtsanwalts Gerhart Baum, der als Bundesinnenminister (1978-1982) selbst für die Anwendung des „Radikalenerlasses“ Verantwortung trug, wie er selbstkritisch anmerkte. Baum,

der nach seinem bundespolitischen Engagement als Menschenrechtsbeauftragter für die UNO u.a. im Sudan tätig gewesen ist, hat in den letzten Jahren durch erfolgreiche Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Politik seines Nachfolgers Schäuble („Großer Lauschangriff“, „Luftsicherheitsgesetz“) aber auch gegen die CDU/FDP-Landesregierung in NRW („Online-Durchsuchung“) Aufsehen erregt. Aktuell läuft eine Verfassungsbeschwerde gegen die im November 2007 beschlossene Vorratsdatenspeicherung. Die Politiker „testen die Belastbarkeit der Verfassung“, meinte Baum, es gebe, zitierte er den Verfassungsrichter di Fabio, „eine Lust auf antizipierten Ausnahmezustand“, und zog



**Prof. Jan Barcz (Kolegium Prawa WSPiZ im. L. Kościelskiego Warszawa) bei seinem Vortrag**

Parallelen zur RAF-Zeit, als „wir noch soeben an der Verfassung entlang geschrammt“ seien. „Wer die Freiheit einschränkt, kann das ohne Begründung tun, wer sie verteidigt, muss das begründen“, es gebe eine „gefährliche Mischung aus Angsterzeugung und neuen Regelungen statt Risikodebatte, dagegen eine erstaunliche Abstinenz der Risikodebatte in der Finanz- und Wirtschaftswelt. Es gibt aber kein Grundrecht auf Sicherheit, sondern auf Freiheit. Als Staatszweck wird Sicherheit maßlos!“ Baum warnte vor neuerdings publizierten staatsrechtlichen Auffassungen zu einem „Recht des Ausnahmezustands“, das ein „Feindstrafrecht“ vorsehe, welches den Täter außerhalb des Rechts stelle und eine „rechtsstaatlich domestizierte Folter“ legitimiere. Gegen den schleichenden Prozess des Abbaus von Grundrechten gebe es nur einen Weg: „Wir müssen Widerstand leisten!“

Die Erkenntnismethode seines Lehrers Ridder schilderte der Frankfurter Arbeits- und Verfassungsrechtler Otto Ernst Kempfen exemplarisch am Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Aus dem Prinzip der Gleichheit folgt der Anspruch, dass jeder Bürger die Möglichkeit zur Beteiligung am

politischen Prozess haben muss. Staatlich garantierte Sicherheit müsse aber mit demokratischen Prinzipien vereinbar sein. Dazu unterschied Ridder 3 Dimensionen: die Sozialpflichtigkeit des Staates; die Sozialbindung der Grundrechte und die gleichschrittliche Entfaltung von Demokratie in der staatlichen und in der gesellschaftlichen Sphäre. Dabei komme es auf die Unterscheidung der Autonomieräume der Gesellschaft von den rechtlich organisierten Räumen des Staates an. Kempfen zeichnete in Ridderscher Manier die Entstehungsbedingungen des Sozialstaats nach; er verwies auf den Auftrag der westlichen Siegermächte an die „Väter (und Mütter) des Grundgesetzes“ und auf deren Bemühen, einen wesentlichen Teil dieses Auftrages, nämlich die Annahme der neuen Verfassung durch eine Volksabstimmung aus Furcht vor einer Veränderung der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse mit allen verfügbaren Mitteln zu verhindern, was schließlich mithilfe der „Ewigkeitsklausel“ (Art. 79.3) auch gelang. Der Verfassungsauftrag zur Herstellung gesellschaftlicher Autonomie geriet zur Wohlfahrtspolitik in Gestalt beitragsfinanzierter Sachleistungen. Anders als in den bürgerlichen Revolutionen Englands, Frankreichs und der USA sind die Reformen in Deutschland von Beamten und nicht von intellektuellen Bürgertum getragen: „dem Namen nach Liberale waren die großen Reformer in Wahrheit autoritäre Bürokraten“ (Kempfen). Soziale Sicherheit um den Preis wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung aber ist undemokratisch; der dem Gemeinut und nicht der Autonomie des Einzelnen verpflichtete Sozialstaat legitimiert Einschränkung der Grundrechte durch richterlich administrierte Vorrangstellung des Staates gegenüber dem individuellen Rechtssubjekt. Kempfen illustrierte dies am Beispiel des verfassungsgerichtlich legitimierten staatlichen Eingriffs in die Tarifautonomie im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik: „Und das ist nur der erste Teil. Völlig offen sind die Folgen der aktuellen Finanzkrise für den Sozialstaat“.

Ausgehend von Ridders Eintreten für die Autonomie des Einzelnen behandelte Otmar Jung, Politologe am Otto-Suhr-Institut der FU die Frage der direkten Demokratie und zeichnete die wechselvolle Entwicklung plebiszitärer Elemente in der bundesdeutschen Geschichte. Ridder selbst war am Scheitern der „Volksbefragung gegen Wiederbewaffnung und Atomrüstung“ beteiligt. Doch die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts zur direkten Demokratie sei zurückhaltend, die Verfassung schließe jedenfalls Formen der

Bürgerbeteiligung nicht aus, die auf Länderebene in unterschiedlicher Weise auch praktiziert würden.

Ein weiteres zentrales Thema Ridders war die Friedenspolitik. Dieter Deiseroth, Ridder-Schüler und Richter am Bundesverwaltungsgericht beleuchtete das Friedensgebot des Grundgesetzes. Die relative Schwäche der dort niedergelegten Norm erkenne, wer immer versuche, jemand die „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker“ (Art. 26) nachzuweisen. Echte Friedensarbeit beginne daher mit Selbsterkenntnis. Schon die Palme-Kommission, an der u.a. Egon Bahr mitgearbeitet hat, erklärte 1982 Sicherheit sei nur kollektiv herzustellen, also nicht gegen, sondern nur mit dem Gegner. „Kollektive Sicherheit“ und Bündnisse widersprechen sich fundamental, denn Bündnisse beruhen auf dem Konzept eigener Stärke und der Stärke der Verbündeten. Kollektive Sicherheitssysteme dagegen zielten auf die gemeinsame Sicherheit aller, auch der potentiellen Aggressoren. Ein Bündnis sei „prinzipiell nicht auf die Sicherheit aller“ angelegt. Zwar gebe es einen Automatismus bei der Abwehr von Angriffen auf das Bündnis, aber keine Mechanismen, um ein Mitglied an einem Angriffskrieg zu hindern (Irak). Die NATO stehe anders als die UNO nicht jedem offen, erläuterte Deiseroth und verwies auf die Politik der NATO gegenüber Russland nach 1990. Die Osterweiterung der NATO entspricht zwar den Erwartungen der Kandidatenländer vor dem Hintergrund ihrer historischen Erfahrungen, sie führe aber durch die Einkreisung Russlands zu neuen Sicherheitsproblemen. Ein dauerhaftes Sicherheitskonzept für Europa sei daher nur außerhalb der NATO zum Beispiel in Anknüpfung an Helsinki (OSZE) zu entwickeln.

Zum Abschluss standen Deutschland und die Beziehungen zu seinen Nachbarn im Mittelpunkt einer lebhaften Diskussion. Der Berliner Staatsrechtler Ulrich K. Preuß würdigte den „Feuerkopf“ Ridder als völkerrechtlichen Autor. Gerhard Stuby, ebenfalls Staatsrechtler und Ridder über den Bund Demokratischer Wissenschaftler verbunden, setzte sich mit der These des „Störenfrieds“ Ridder auseinander, durch die Vereinigung von BRD und DDR 1990 sei de jure ein neuer Staat entstanden. Er erinnerte daran, dass spätestens seit der Konferenz von Casablanca die Alliierten davon ausgingen, dass eine zeitweise Besetzung und die Installation einer neuen Regierung in Deutschland nicht ausreichend wären. Notwendig sei vielmehr die vollständige und bedingungslose „debellatio“ (Hans Kelsen) des NS-Staats. Dies sei zunächst

von vielen deutschen Juristen akzeptiert worden. Mit Gründung der BRD setzte sich jedoch die Auffassung durch, es handle sich vielmehr um eine „occupatio bellica“, eine militärische Besetzung. Diesem Credo der BRD bis heute habe Ridder beharrlich widersprochen. Doch es sei eine Illusion anzunehmen, es sei 1990 zu einer Neugründung gekommen. Das in dem „Kyffhäuser-Urteil“ des Verfassungsgerichts von 1973 enthaltene Verbot der Anerkennung der Ergebnisse des Krieges sei mit den friedensvertraglichen Regelungen des „2+4-Vertrages“ entsprechend Ridders Vorstellungen hinfällig. Seit der Vereinigung und durch ihr faktisches Verhalten in der UNO und anderen internationalen Organisationen sei die BRD „im Westen angekommen“ (Stuby).

Ähnlich, jedoch mit anderen Akzenten argumentierte Jan Barcz, Völker- und Europarechtler aus Warschau. Barcz, der seit den 1980er Jahren als Diplomat u.a. an den Pariser Verhandlungen im Vorfeld der 4+2-Verhandlungen teilgenommen hatte, verwies auf die „Notwendigkeit zu verhandeln“ und jenseits der unterschiedlichen Rechtspositionen einen modus vivendi zu finden. „Die Form der Vereinigung ist eine politische Frage; die BRD bleibt, die DDR verschwindet.“ Die wichtigsten Fragen seien im „Pariser Abkommen“ und dem dazugehörigen

Notenwechsel, der weitgehend nicht bekannt sei, behandelt worden. Aus völkerrechtlicher Sicht sei der Vertrag ein Friedensvertrag. Natürlich seien wichtige Fragen - Staatsangehörigkeit, Entschädigung für NS-Opfer u.a. - offen geblieben, aber das sei für die polnische Seite akzeptabel gewesen. Aus damaliger Sicht galten die Vermögensfragen in Bezug auf Deutschland abgeschlossen. Es gab offene Vermögensfragen auf polnischer Seite. Für die Zwangsarbeiterentschädigung wurden danach 4

Milliarden Złoty erhandelt, was angesichts des enormen Zeitdrucks und der Notlage der Betroffenen das bestmögliche Ergebnis wäre. Seit über 15 Jahren werde über die Rückgabe geraubter Kulturgüter verhandelt, das zeige die Schwierigkeit des bilateralen Interessenausgleichs. „Wer vor Jahren gedacht hat, wir hätten bereits die Versöhnung, hat sich geirrt. Diese Aufgabe müssen wir täglich aufs Neue in Angriff nehmen!“ beendete Barcz seine Ausführungen.

Nahezu alle Bezüge und alle Themen des europäischen Gedenkjahres, die ja auch die wichtigsten aktuellen Themen in Politik und Gesellschaft sind, waren auf der Konferenz gegenwärtig, und doch wurde nur ein kleiner Ausschnitt aus Ridders Werk beleuchtet, das nach dem Willen seines Autors nie abgeschlossen sein, sondern immer als Teil eines größeren Kontextes verstanden werden sollte. Darin zeigt sich die Aktualität Ridders, zwei Jahre nach seinem Tod und 90 Jahre nach seiner Geburt. Seine Gedanken werden auch in Zukunft Menschen ansprechen und zur Weiterarbeit anregen. Doch er selbst wird schmerzlich vermisst. ○

**Dr. Friedrich Leidinger, Psychiater, ist Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD und Redaktionsmitglied von POLEN und wir**



**Aus Anlass der Tagung fand mit Unterstützung der Botschaft der Republik Polen ein Abendempfang statt. Die Schauspielerin Erika Skrotzki rezitierte Gedichte und Balladen der von Helmut Ridder geschätzten romantischen Dichterin Annette von Droste-Hülshoff (1797 - 1848), die in empfindsamen Landschaftsbildern die Vergangenheit seiner westfälische Heimat beschrieb, die Konventionen ihrer adeligen Herkunft durchbrach und trotz konservativer Sicht mit bestürzender Hellsichtigkeit die Bedeutung der politischen Bestrebungen des Vormärz erkannte und aussprach.**

**Fotos: kontaktpress-forster**

# Ähnlich ist nur das Äußere

**Zwei Schwestern aus Warschau, 39 und 21 Jahre alt, sind in zwei verschiedenen Staaten aufgewachsen, die beide Polen heißen**

Von Agnieszka Hreczuk

**Auf den Kinderfotos sehen sie sich verblüffend ähnlich: helle Augen, dunkle Haare und Grübchen beim Lächeln. „Von Mama geerbt“, sagen sie einstimmig. Gemeinsame Eltern, dasselbe Zimmer sogar. Doch dann ist Schluss mit Ähnlichkeiten. Denn die zwei Schwestern Banak aus Warschau trennen fast 20 Jahre: Beata ist Jahrgang 1970, Monika Jahrgang 1988.**

6. Februar 1989, Rosenmontag. Der einzige staatliche TV-Sender in Polen berichtet vom Runden Tisch in Warschau. Die Opposition und das Regime reden miteinander, im Kreis sitzend, über die Zukunft Polens. Dann geht es in den Nachrichten um die chronischen Defizite bei der Toilettenpapierlieferung. In der Krankenschwesternschule in Warschau, wo die 19-jährige Beata Banak lernt, wird an diesem Tag auch heftig diskutiert. Doch es geht um Studniowka, einen traditionellen Ball, der am Samstag zuvor, hundert Tage vor dem Abitur, stattfand. An demselben Tag, als der Runde Tisch aufgebaut wurde. Doch der ist für Beata und ihre Mitschülerinnen nicht mehr als ein gewöhnliches Möbelstück.

20 Jahre später sitzt Beata wieder in ihrem alten Zimmer. „Schockiert? Nein, das waren wir damals nicht.“ Beata lächelt und kneift die Augen zusammen. „Wenn man die Politiker heute hört, hat man den Eindruck, ganz Polen zitterte damals im Revolutionsfieber. Doch die meisten waren mit ihren alltäglichen Problemen beschäftigt.“ Das waren im Jahr 1989 Toilettenpapier, Kartoffeln, Mehl und tausend andere Waren, die es nicht zu kaufen gab. Manchmal zweifelt Beata an ihrem Gedächtnis, wenn sie heute in Interviews Zeitzeugen hört. Alle sprechen von einem Wunder und von Solidarität. Vielleicht war ihre Umgebung eine Ausnahme? „Dann schaue ich aber auf die Wahlbeteiligung im Wendejahr: 62 Prozent. Zeigt das eine

Euphorie?“ Ihre Stimme klingt ironisch. Auch sie hat damals gewählt, es waren die ersten Wahlen in ihrem Leben. Sie ging hin - teilweise aus Tradition („Im Kommunismus war Wählen eine Pflicht.“), teilweise aus Trotz: „Nach dem Motto: Jetzt zeigen es wir ihnen.“

„Überzeugte Idealisten gab es damals auch“, gibt Beata zu. Die glaubten, ab jetzt werde alles gut. Wie ihr Kumpel aus



**Äußerlich sind sich die beiden Schwestern Beata (39) und Monika (21) sehr ähnlich. Doch ihre Jugend haben sie komplett unterschiedlich verbracht. - Foto: Krystyna Tulej**

Grundschulzeiten, der mit einem Solidarnocæ-Pin in der Jackenklappe herumließ und Wahlplakate aufhängte. „Über Leute wie ihn sprach man wie über einen engagierten Pfadfinder. Man fragte sich, was er davon hat.“ Vielleicht, glaubt Beata heute, habe die Euphorie gefehlt, weil sich viele Polen kaum etwas von den Gesprächen am Runden Tisch und den Wahlen versprachen, vor allem keinen Systemwechsel. 1956, 1968, 1970 und schließlich 1980 - immer wieder gab es Momente der Hoffnung, aus denen nichts geworden ist. „Wir dachten 1989 wohl, dieses Mal wird es ähnlich.“

Überzeugt hat Beata schließlich der Jogurt. Im Sommer 1989 wurden die bis dahin planwirtschaftlich feststehenden Preise auf

marktwirtschaftliche umgestellt. Der kleine Konsum bei den Banaks um die Ecke hatte drei Tage lang geschlossen. Nach der Wiedereröffnung erlitt Beata förmlich einen Schock: Die Regale waren voll. „So viele Geschmacksrichtungen von Jogurt!“ Früher gab es nur drei: Natur, Vanille und Frucht. An diesem Tag war Beata überzeugt: „Es hat sich dieses Mal tatsächlich etwas geändert.“

Der 6. Februar 2009 ist ein Freitag. Im Parlament und beim Präsidenten wird der 20. Jahrestag des Runden Tisches gefeiert. Getrennt, weil sich die Politiker nicht einig sind, ob die Ergebnisse der Verhandlungen ein Erfolg oder Verrat waren. Diese Diskussion bekommt Monika Banak kaum mit. Für die Studentin ist die Prüfung in Finanzwirtschaft wichtiger. Die Lehrbücher häufen sich auf dem Holztisch. Es ist derselbe Tisch in dem Zimmer, in dem Beata für ihre Abschlussprüfung vor 20 Jahren gepaukt hatte. Doch statt über Krankheiten liest Monika Bücher über Börsen und Aktien.

Monika, Jahrgang 1988, war während der Gespräche am Runden Tisch noch nicht einmal ein Jahr alt. Ihr junges Leben hat sie in einem freien Polen verbracht. Die Freiheit kam 1989, das weiß Monika. Ob im Februar, Mai oder September, das weiß sie schon nicht mehr so genau. Der Begriff Runder Tisch sagt ihr nicht viel. Die Namen Mazowiecki, Michnik, Kuroń sind ihr unbekannt. „Wa'ësa“, nennt sie triumphierend einen der wichtigsten Namen damals. „Wa'ësa hat über den Kommunismus gesiegt.“ Irgendwie. Geschichte sei nicht ihr Lieblingsfach gewesen, entschuldigt sie sich. Das Jahr 1989 gehört für die Twens von heute schon zur Geschichte.

Deshalb versteht Monika oft die Streitereien der Politiker nicht. Tagelang sprechen sie über Kommunismus, wer auf welcher Seite stand, wer ein Held und wer ein Verräter war. „Sollen sie sich nicht lieber mit etwas Vernünftigerem beschäftigen? Euro, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise oder Frauenrechte?“, denkt Monika häufig und schaltet dann immer den Fernseher aus. Nicht, dass sie kein Interesse an Politik hätte, fügt sie schnell hinzu. Zur Wahl gehe sie schließlich.

2007 durfte sie zum ersten Mal mitentscheiden. Stolz war sie, erzählt Monika, und dass sie, wie Beata 1989, bei einem großen Ereignis dabei sein konnte. Denn die Wahlen waren nach der monatelangen Krise mit Kaczyńskis Regierung etwas Besonders. Ganz Europa hat auf das Land geschaut. Ähnlich wie 1989. „Die Menschen wussten, dass sie etwas Besseres für Polen wählen konnten“, ist Monika über-

zeugt. „1989 ging es darum, den Kommunismus abzuschaffen, 2007 sollte Kaczyński abgewählt werden.“ Die Stimmung, glaubt sie, muss ähnlich gewesen sein. Von ihrer Schwester weiß sie aber, dass der Kommunismus schlimmer war als die Kaczyński-Zeit.

Monikas Schwester Beata fuhr erst mit 21 Jahren zum ersten Mal ins Ausland, nach Italien, als Gastarbeiter. Ohne Sprachkenntnisse, ohne Erfahrung und allein. Statt Freude, hatte sie Angst. Eine schwierige Entscheidung, erzwungen durch die wirtschaftliche Situation in Polen. In Sizilien arbeitete sie als Kellnerin, ihre Abschlüsse wurden nicht anerkannt. „Alles war bunt, die Leute lachten auf der Straße, verdienten gutes Geld“, erzählt Beata begeistert. Seit ihrer Rückkehr nach Polen fährt sie immer wieder in den Urlaub nach Sizilien. Jetzt allerdings als Touristin, wohlhabender dazu als die Einheimischen. Andere Urlaubsländer reizen sie nicht.

Für Monika ist Reisen ein innerer Zwang. Mit 14 Jahren war sie zum ersten Mal im Ausland. Erst Deutschland, dann London. Bevor sie volljährig wurde, war Polen in der EU. Den Pass braucht sie heute nur noch, wenn sie in die Türkei oder nach Tunesien fährt. Diese Länder faszinieren sie. Ein Traum ist damit verbunden: „Tabaka“. So heißt ein angesehenes Restaurant in Warschau, das auf Exotisches setzt. Dort sieht sich Monika mal als Managerin. Doch erst kommt das Studium: BWL und Management. Eigentlich habe sie Tourismus studieren wollen. Doch die Vernunft gewann: Mit BWL ist ein Job sicherer und der Verdienst höher.

„Vernünftig, aber schade“, sagt Beata. Schade, dass heutzutage immer öfter die Vernunft über die Träume siegt. Als sie sich 1985 für den Beruf der Krankenschwester entschied, waren ihr die Überlegungen der heutigen Jugend fremd. Einfach Menschen helfen und sich um sie kümmern, das wollte Beata. Idealist sein - das war damals viel einfacher, findet sie: „Man bekam nach der Schule Arbeit. Um Geld sorgte man sich kaum, weil man eh' nicht gut verdiente.“ Später, in Italien, musste sie in einem anderen Job arbeiten. Zum ersten Mal dachte sie damals, dass die Berufung allein manchmal nicht ausreicht. Auch heute hat ihr Job in einer Bank wenig mit ihren Träumen zu tun, aber er erlaubt ihr, vernünftig zu leben. Deshalb versteht sie die kleine Schwester. 20 Jahre nach der Wende trifft sich die ganze Familie regelmäßig in der Wohnung der Eltern. Außer Beata und Monika kommen ihre drei Brüder mit ihren Kindern und die Schwester aus England, so oft sie können. Eine Tradition aus alten Zeiten,

die in anderen Familien kaum überlebt hat. Diese starken familiären Bindungen sind das Einzige aus der Vergangenheit, was Monika gefällt. Sie würde nie mit ihrer fast 20 Jahre älteren Schwester tauschen. Aber auch Beata ist froh, nicht in oder nach der Wende geboren zu sein. „Die Erfahrungen,

## Noch einmal verschoben Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes erst ab 2011

Von Karl Forster

Da hat man in Berlin gerade verkündet, dass das vergangene Jahr 2008 das Jahr der deutsch-polnischen Verständigung war, dass die Duzfreunde Steinmeier und Sikorski ebenso wie die Kanzlerin und Premier Tusk alle Probleme aus dem Weg geräumt hätten, da entscheidet Berlin wieder wie in schlechten alten Zeiten: Die erwartete Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für legale Arbeitskräfte aus Polen zum 1. Mai wird um weitere zwei Jahre verschoben.

Zum 1. Mai 2004 war Polen zusammen mit anderen Ländern der Europäischen Union beigetreten. In den Beitrittsverträgen wurde vereinbart, dass die ansonsten innerhalb der EU geltende Freizügigkeit aufgeschoben wird. Eine Übergangsregelung erlaubte den alten EU Ländern ihren Markt noch über einen Zeitraum von 5 Jahren, also bis zum 1. Mai 2009 zu sperren, was nicht alle Länder, aber eben unter anderem Deutschland in Anspruch nahm. Nach dem 1. Mai können nur noch außergewöhnliche Umstände einem alten EU Land erlauben, die 5-jahres Frist um weitere 2 Jahre, also in diesem Falle bis Mai 2011, zu verlängern.

Längst hatten Politiker und Wirtschaftsfachleute gefordert, die Öffnung vorzuziehen. England und Irland hatten gezeigt, dass die Öffnung sich positiv auch für die Aufnehmerländer auswirken würde und die Angst vor den Massen zuwandernder Polen ist eigentlich längst verflogen, weil die Chancen auf einen Arbeitsplatz in Irland weit besser sind als in Deutschland und auch die Bezahlung hierzulande angesichts von Zeitarbeit und Billiglohn zu wünschen übrig lässt.

Doch die Bundesregierung nutzt das Argument „Finanz- und Wirtschaftskrise“, um die Sonderregelung aus den Beitrittsverträgen in Kraft zu setzen. So

die ich gemacht habe, sind einzigartig. Die Transformation war eine Schocktherapie, aber auch ein enormer Impuls. Ich fühlte mich plötzlich verantwortlich für mein eigenes Schicksal. Ich glaubte, ich könnte alles erreichen. Ein schönes Gefühl.“ ○

soll der Arbeitsmarkt bis 2011 für polnische Arbeitnehmer gesperrt bleiben. Österreich schließt sich übrigens dieser restriktiven Politik an. Nicht so Dänemark. Hier hat man sich entschlossen, nicht nur für polnische Arbeitskräfte die Grenzen zu öffnen, sondern auch gleich vorfristig für Rumänien und Bulgarien, welche die 5-Jahres-Grenze noch gar nicht erreicht haben.

Polen ist verärgert. Schließlich geht es nicht darum, dass eine große Zahl Polen neu nach Deutschland kommen will, sondern vor allem darum, die zahlreichen bestehenden Schwarzarbeitsverhältnisse endlich zu legalisieren. Hunderttausende Polen arbeiten schließlich bereits in Deutschland, viele aber illegal. Der Staatssekretär für europäische Integration Mikołaj Dowgiewiczy sagte zu der Berliner Entscheidung bereits „angemessene Reaktionen“ an: „Die Möglichkeit der gesetzlichen Arbeit für unsere Bürger auf dem größten Arbeitsmarkt Europas ist für die polnische Regierung Priorität. Die Entscheidung der Deutschen hat keine nachvollziehbare Begründung. Wir werden diese Sache vor den EU Rat bringen“.

Inzwischen ist die Kritik laut, dass die Entscheidung der Kanzlerin wahltaktische Gründe im Hinblick auf die in diesem Jahr stattfindenden Bundestagswahlen hat. Denn eigentlich weiss man, dass man die polnischen Arbeitskräfte benötigt und deshalb verstärkt „Ausnahmeregelungen“ vorbereitet. John Ryeys, Sprecher der deutschen Botschaft in Warschau, erläuterte soeben, dass die deutsche Regierung in den letzten Wochen Erleichterungen für alle Absolventen von Universitäten und Hochschulen aus EU-Ländern und ihre Familien eingeführt hat. Sie werden die Möglichkeit erhalten, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, ohne nachweisen zu müssen, dass sich auf ihre Stelle niemand aus den alten EU-Ländern beworben hat. Doch für die zahlreichen polnischen Haushaltshilfen und Pflegekräfte soll es keine legale Regelung vor 2011 geben. ○

# Polens „Runder Tisch“ als historischer Kompromiss

Von Holger Politt

**Mit einem gemeinsamen Beschluss aller im Parlament vertretenen Fraktionen und Gruppen würdigte der Sejm Anfang des Jahres die Gespräche am Runden Tisch, die Anfang Februar 1989 begannen und eines der wichtigsten politischen Ereignisse Polens im 20. Jahrhundert markierten. In dem Beschluss wurde die Bedeutung der Gespräche und der ausgehandelten Ergebnisse für den Übergang Polens in das jetzige gesellschaftlich-politische System gewürdigt. Es wurde festgehalten, dass die bisherigen drei direkt gewählten Staatspräsidenten Polens, Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und der amtierende Lech Kaczyński, aktive Teilnehmer der Runder Tischgespräche gewesen sind.**

Abgedruckt wurde der volle Wortlaut dieses bemerkenswerten Dokuments in der Presse ein einziges Mal - in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Bemerkenswert ist das Dokument, weil alle unterzeichnenden Seiten damit zugleich erklärten, keinen politischen Sprengstoff aus dem damaligen Geschehen für das herkömmliche Tagesgeschäft bergen zu wollen. Ein Kompromiss der dem Kompromiss gilt. Freilich wird publizistisch weiter gestritten werden, doch die wichtigsten politischen Kräfte des Landes erklärten damit ihr Desinteresse daran, Wasser auf die eigenen Mühlen leiten zu wollen. Einen zählbaren Nutzen kann also keine der betreffenden Seiten für sich erkennen. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass sich der öffentlichen Würdigung des Ereignisses unterschiedlich gewidmet wurde.

Während viele prominente Teilnehmer des Runden Tisches auf der damaligen Regierungs- oder Oppositionsseite der Einladung von Aleksander Kwaśniewski und Adam Michnik in den Sejm am 5. Februar 2009 folgten, blieben führende Vertreter der beiden stärksten politischen Gruppierungen, der PO und der PiS, dem dortigen Geschehen fern. Selbst Sejm-Marschall Bronisław Komorowski (PO) schickte trotz Schirmherrschaft nur eine freundliche Grußbotschaft. Ein Hinweis darauf, wie unterschiedlich die Einordnung der Gesprächsrunden von damals in das Verständnis der gesamten Umbruchzeit gehandhabt wird. Die eine Seite, politisch heute praktisch ohne jegliche Machtstellung, zieht den Bogen eher zur Verfassung, die 1997 in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Was im Februar 1989 begann, habe in diesem Grundgesetz seinen gültigen Ausdruck. Auf der anderen Seite stehen die beiden großen rechten Parteien PO und PiS, aus deren Sicht die Runder Tischgespräche zur Hälfte eher der Versuch der dama-

ligen Regierungsseite waren, zu retten, was noch zu retten gewesen war. Ohne diese Gespräche wäre das politische System der Volksrepublik ohnehin in kürzester Zeit weggespült worden. Lech Wałęsa sei zunächst mit der Position in die Gespräche gegangen, die vierzig Jahre der Volksrepublik seien für die Polen insgesamt gesehen eine verlorene Zeit gewesen, habe am Ende aber für die Zurücknahme dieser Überzeugung gestanden, da den für die Missstände Verantwortlichen der rote Teppich in die neue Zeit ausgerollt worden sei. Erst die Entscheidung der Wähler am 4. Juni 1989 habe ein dramatisches Stoppzeichen gesetzt, den vorbereiteten Durchmarsch der Machtelite der Volksrepublik in die neue Zeit verhindert. Wegen der vorher am Runden Tisch ausgehandelten Verfahren, sei dieser Entscheidung der Wähler allerdings von vornherein ein Teil der Wirkung genommen worden.

Während die PO in der Auslegung dieser Sicht moderat ist, erkennbar Rücksicht nimmt auf die Empfindlichkeiten der damals frondierenden Kreise um Michnik, hält das PiS-Lager weiter an der Auffassung fest, dass erst die Wahlsiege der Kaczyński-Brüder im Herbst 2005 das Land endgültig aus dem Schatten der Runder Tischgespräche herausgeholt haben. Da aber mit der Losung einer „Vierten Republik“ heute kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist, wurde merklich zurückgeschraubt. Und so war man bereit, den Autoren des Runden Tisches immerhin zu bescheinigen, Wichtiges für Polen gewollt zu haben. Wie auch anders, waren die Brüder doch selbst Beteiligte, auch wenn sie nicht im Scheinwerferlicht standen.

Was damals am Runden Tisch mühsam ausgehandelt wurde, änderte das Land grundlegend. Die Gewerkschaft „Solidarność“ wurde wieder zugelassen, wodurch der Gewerkschaftspluralismus endgültig in

die politische Struktur des Landes eingeschrieben war. In der Verfassung von 1997 verpflichtet sich das Land, diesen zu wahren. Schaut man auf die Erfahrungen mit dem Gewerkschaftspluralismus zurück, so liegen die Defizite schnell auf der Hand. Es ist den Gewerkschaften niemals gelungen, wirksamen Einfluss auf die Politik zu nehmen, obwohl bis 2007 jede Regierung einen Teil ihrer Stärke auf der Bindung zu Gewerkschaftsstrukturen gründete. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtbeschäftigtenzahl zählt zu den niedrigsten in der EU. Die Frage also, ob das Prinzip der Gewerkschaftseinheit nicht doch Vorteile brächte, ist in der Gewerkschaftsbewegung Polens heute einer der strittigsten Diskussionspunkte.

Das Vereinsrecht wurde liberalisiert, wodurch das bürgerschaftliche Engagement gestärkt und der weltanschaulichen Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens Rechnung getragen wurde. Und schließlich wurden baldige Wahlen verkündet für den Sejm und den Senat. Am 4. Juni 1989 hatten dann die Bürger des Landes die Möglichkeit, nach den am Runden Tisch ausgearbeiteten Regeln zu wählen. Der Senat, das nach dem Vorbild der Zweiten Republik neu geschaffene Oberhaus, wurde vollkommen frei gewählt und setzte sich aus den Wahlkreissiegern zusammen. Alle Senatssitze wurden durch die Kandidaten

## Große Zustimmung zum Systemwechsel in Polen

Wie eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS aus dem Januar dieses Jahres zeigt, meinen heute 82 % der polnischen Bevölkerung, dass der Wechsel des politischen Systems 1989 richtig war. Diese Zustimmung ist die höchste nach 1989, wobei die Mehrheit der Bevölkerung den Systemwechsel immer befürwortete.

Im Gegensatz zu den früheren Umfragen gibt es erstmals eine Mehrheit - 56%, die meinte, dass der Gesellschaftsumbau den Menschen mehr Nutzen als Schaden brachte, gegenteiliger Ansicht sind 12%. 26% meinen, dass sich die Situation im Land während der letzten 20 Jahre sehr deutlich verbessert habe, 54% etwas. Eine Verschlechterung sehen dagegen nur 9%. Insgesamt ist die Mehrheit in Polen mit der Transformation zufrieden, allerdings sind dabei 50% der Meinung, dass nicht das Optimale herausgeholt wurde, dieser Ansicht widersprechen nur 34%.

**(Repräsentative Umfrage von 1089 Personen, 9.-15. Januar 2009, nach: Gazeta Wyborcza vom 20.2.2009)**



des „Solidarność“-Lagers gewonnen. Der Sejm setzte sich zwar nach einem vorher verabredeten Schlüssel zusammen, doch das Parlament berief schließlich mit Tadeusz Mazowiecki einen Ministerpräsidenten, dessen Ernennung symbolisch das Ende des europäischen Staatssozialismus einläutete. Der Zusammenbruch des auf die Sowjetunion zugeschnittenen Systems im Osten des Kontinents war nicht mehr aufzuhalten, es war nur noch die Frage, in welchen Bahnen dieser erfolgen werde.

Polens Beispiel, das Beispiel eines Landes, welches 1981 an derselben Konfliktlinie noch unrettbar ins Chaos zu stürzen schien, ebnete den friedlichen und gewaltfreien Optionen den Weg. Eine entscheidende Wegmarkierung, wie sich anderswo bald herausstellen sollte. Andrzej Garlicki, einer der besten Kenner der jüngeren Geschichte Polens, formulierte es jüngst in der Tageszeitung „Trybuna“ so: „Wir besitzen in unserer Geschichte unzählige Helden verlorener Kämpfe. Das ist unsere traurige Besonderheit. Aber ein Ereignis solchen Ranges, bei dem die Polen durch Verhandlungen etwas herauszuholen imstande waren, hatten wir nicht. Ein Runder Tisch in Deutschland oder in Tschechien wäre etwas Normales gewesen, denn die politische und gesellschaftliche Kultur dort ist zugeschnitten auf den Kompromiss. In Polen aber war das ein historisches, ein imponierendes Novum.“

Die Rundung des Möbelstücks, an dem die verfeindeten Brüder saßen, war stärker als die jeweils mitgebrachten Ecken und Kanten. Noch Mitte der 1980er Jahre beschrieb Andrzej Walicki aus Australien in einem Brief an Adam Schaff in Wien, wie weit das Land von einem „historischen Kompromiss“ entfernt sei, was die Ohnmacht von Leuten wie Schaff und ihn anzeige. Freilich ahnte weder der Briefschreiber noch der Adressat noch überhaupt wer, dass wenige Zeit später Michail Gorbatschow ganz andere Spielräume ermöglichen würde. Es schnell verstanden und in Polen gründlich ausgenutzt zu haben, wird für immer das Verdienst eines Mannes bleiben, der heute zu den in der Öffentlichkeit Polens umstrittensten Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte gehört. Kein schlechtes Zeichen für die Öffentlichkeit also, dass die Organisatoren nicht vergaßen, Wojciech Jaruzelski am 5. Februar 2009 in den Sejm einzuladen. ○

**Holger Politt, Kulturwissenschaftler, ist Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD und Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau.**

## Tadeusz Mazowiecki über den Runden Tisch

### Im Kopf klingelten die Alarmglocken: Vorsicht!

**Der Runde Tisch war ein Erfolg, weil SIE nicht erwarteten, dass wir stur und unnachgiebig blieben, und WIR nicht erwarteten, dass sie sich für das Kriegerecht entschuldigen. Für Polen musste etwas geschehen**

**Maciej Stasiński: Wann tauchte das erste Mal nach dem Kriegsrecht der Begriff Runder Tisch auf?**

**Tadeusz Mazowiecki:** Die ersten Jahre nach Ausrufung des Kriegsrechts gab es keinerlei Kommunikation. Erste Äußerungen über einen Dialog fielen 1987 in einer Ansprache von General Jaruzelski. Damals kam es zu einem Gespräch zwischen Józef Cyrek und Andrzej Wielowiejski über ein eventuelles Treffen von Staatsmacht, mit ihnen verbundenen Organisationen und irgendwelchen unabhängigen Persönlichkeiten. Über eine Teilnahme von „Solidarność“ oder Wa<sup>3</sup>ësa war nichts zu hören.

Dann kam es im Mai 1988 zu Streiks. In Nowa Huta wurde er aufgelöst, aber in der Danziger Werft nicht. Ich war dort, der Streik machte auf mich einen großen Eindruck. Da war bereits eine neue Generation am Werk, junge Arbeiter, die trotzdem die Losung „Ohne „Solidarność“ gibt es keine Freiheit“ forderten. Wir dachten damals, dass es gelingen könnte, wieder eine Fabrikorganisation der „Solidarność“ auf der Werft zu organisieren und sprachen darüber mit dem Direktor. Rechtsanwalt Si<sup>3</sup>a-Nowicki sprach damals mit Kiszczak. Aber die Werft versagte die Erlaubnis dazu. Als wir den Streik verließen, hatten die Arbeiter Tränen in den Augen. Aber es war deutlich, die Angelegenheit „Solidarność“ war nicht erledigt.

Dann kamen die August-Streiks. Ende August kam es zu einer Einladung Kiszczaks an Wa<sup>3</sup>ësa. Das war die erste Anerkennung von Wa<sup>3</sup>ësa, der vorher als „Privatperson“ betrachtet wurde. Bedingung für die Aufnahme von Gesprächen war die Beendigung des Streiks. Wir gingen darauf ein. Es kam zu den ersten Gesprächen [am 31. August und 15. September - GW]. Aber dann liquidierte Premier Rakowski die Danziger Werft, was einen Rückschlag bedeutete. Man wusste nicht, was die Staatsmacht wollte. Einerseits hatten sie durch Gorbatschow Manövermöglichkeiten, die sie bisher nicht hatten, andererseits handelten sie gegenüber der Gesellschaft, ohne die „Solidarność“ zu akzeptieren.

**Wie sind Sie an die Gespräche herangegangen? Wie weit reichten Ihre Vorstellungen?**

Wir wussten, dass Jalta weiter gilt. Aber wir wussten auch, dass wir uns verständigen müssen. Die Rückkehr der „Solidarność“ zwar unverzichtbar. Wir wussten, dass das dauern kann und schwierig werden würde. Unter uns, d.h. auf Seiten der Gesellschaft, gab es keine wesentlichen Unterschiede, vielleicht mit Ausnahme von KPN oder „Kämpfende Solidarność“. Bereits während meiner Internierung wusste ich, dass, falls es Veränderungen im Land geben werde, diese nicht hinter 1980 zurückfallen könnten. Die Gewerkschaften waren das schwächste Glied des Systems. Im Kopf ertönten Alarmglocken: Vorsicht! Wir verkaufen uns, wenn wir auf die „Solidarność“ verzichten.

**Und gab es Probleme wegen der „Extremisten“, wie Michniks und Kurońskis KOR? Die Kirche wollte sie früher nicht und hielt sie für gefährlich.**

Die Beziehungen zu ihnen hat sich verändert, aber führen sie mich auf vermientes Feld.

**Aber weshalb beharrte Wa<sup>3</sup>ësa auf ihre Teilnahme? Waren sie so bedeutend, oder deshalb, weil „mir nicht Kiszczak die Delegation zusammenstellte“.**

Einerseits, weil Kiszczak nicht die Delegation zusammenstellen sollte, andererseits, weil sie ein bestimmtes Milieu repräsentierten. Im Gemeindehaus, in Wilanów, stritten wir zwei Tage lang, um die Positionierung von „Solidarność“ im Kommunique. Die Staatsmacht war nicht mal mit einer einseitigen Erwähnung einverstanden, dass Wa<sup>3</sup>ësa und Mazowiecki das Thema „Solidarność“ angesprochen hätten. Sie fürchteten sich vor ihrer Basis, für die die Rückkehr von „Solidarność“ unannehmbar war. Es ging nicht.

**Wie wurde diese Sackgasse überwunden?**

Es fand u.a. eine Fernsehdebatte zwischen Wa<sup>3</sup>ësa und Miodowicz statt. Im Dezember kehrte man wieder zu Gesprächen zurück und verständigte sich über die Wiedereinführung eines Gewerkschaftspluralismus!. Aber in der Magdalenka wollte die Staatsmacht vor der Sitzung des ZK-Plenums der PVAP, auf dem über die Einrichtung des Runden Tisches entschieden werden sollte, weiterhin nicht öffentlich an „Solidarność“ erinnern.

**Auf dem Januar-Plenum 1989 fiel die Entscheidung für „Solidarność“?**

Ja, das Plenum entschied über das „Ob“, aber nicht über das „Wie“, und wir befürchteten, dass das „Wie“ das „Ob“ aufweicht (zniweczy). Wir fürchteten uns vor

unannehmbare Bedingungen, irgendwelche komplizierten Registrierungsprozeduren. Wir erinnerten uns an die Krise 1980 um die Registrierung der ersten „Solidarność“.

Wir fürchteten uns auch vor dem politischen Preis, wenn man uns in den Bereich der Staatsmacht zieht.

Ciosek sprach bereits damals über Präsidentschaftswahlen. Ich fragte darauf: Aber wer sollte das sein? Ciosek meinte Jaruzelski. Ich erwiderte, dass wir unseren eigenen Kandidaten hätten. Und wer solle das sein? Ich meinte, Wa<sup>3</sup>śsa. Und Ciosek notierte sich das. Aber das war totale Theorie.

Ciosek sprach auch über den Senat, aber das war erstmal nur Meinungs Sondierung. Wir diskutierten darüber nicht.

**Als Sie mit dem Runden Tisch einverstanden waren, was zu erkämpfen hielten Sie für möglich?**

Wir wollten die „Solidarność“ durchsetzen. Wir fürchteten, dass das einen Handel geben würde, aber die Staatsmacht gab schnell nach. Das Gewicht verschob sich auf den politischen Tisch, den Geremek vorbereitet hatte. Ich hatte mich davor gefürchtet, durch die Staatsmacht aufgesaugt zu werden. Der Umschwung fand statt, als Kwaceniowski die freie Wahl zum Senat ins Gespräch brachte. Wenn man den erhält, könnte man mit Einschränkungen bei der Sejmwahl einverstanden sein. Darüber hinaus zwangen wir ihnen einen kommunalen Runden Tisch wie auch die Zulassung der NZS (Unabhängige Studentenvereinigung) auf. Wir erkämpften eine Tageszeitung vor den Wahlen. Insgesamt haben wir mehr erreicht, als wir erwarteten.

Während der Beratungen sagte Kwaceniowski: „Bisher wusste ich, wie man die Macht erlangt, jetzt sehe ich, wie man sie verliert.“ Aber damals wusste ich noch nicht, dass er maßgebend für die Staatsmacht war. Das hätte eine Äußerung sein können, die nicht mit Kiszczak abgesprochen war.

**Oder war es so, dass Sie sie überlisteten?**

Damals fand ein echter Dialog statt. Wir haben mehr erreicht, aber die Gefahr uns aufzusaugen blieb während des Runden Tisches real. Es war aber so, dass das wirkliche Leben das verhinderte. Niemand rechnete damit, dass die Landesliste der Staatsmacht bei den Wahlen durchfallen würde oder dass wir die Senatswahl mit 99% gewinnen. Ich polemisierte mit Michniks Artikel: „Euer Präsident, unser Premier“, weil ich meinte, dass das die Abmachungen des Runden Tisches verletze.

**Was war der Erfolg des Runden Tisches?**

Beide Seiten hatten ihre Vorgaben. Und beide Seiten riskierten einiges. Aber als man sich zum Gespräch zusammengesetzt hatte, mussten Ergebnisse sichtbar werden. Wissen Sie, unerhört wichtig war, dass man in diesen Gesprächen keinen Ausgangspunkt suchte, auch nicht über die Vergangenheit. Obwohl es für beide Seiten schwierig war, diese zur Seite zu schieben. Sie erwarteten nicht, dass wir unsere leugneten, und wir erwarteten nicht, dass sie sich für das Kriegsrecht entschuldigten. Wir haben sie nicht daran erinnert, dass sie Frasiński im Gefängnis hart zugesetzt hatten, und sie uns nicht, dass wir Extremisten und Anarchisten seien. Wir wussten, dass man sich darüber damals nicht einigen konnte. Aber man wusste, dass man etwas für Polen machen musste.

Jeder behielt seine Wahrheit und seine Identität. Es war eher komisch, dass wir an einem Tisch saßen, aber nicht deswegen, um darüber zu diskutieren, was uns unterschied, sondern darüber, was uns verbinden könnte. Man musste darüber sprechen, wie man aus der Patt-Situation herauskommen könnte, ohne seine historische Wahrheit aufzugeben.

Als ich dann Premier war, und General Jaruzelski Präsident, wollte er viele Male darüber sprechen. Er sagte: „Sie waren interniert, und ich war der, der Sie interniert hat“. Aber ich unterband das sofort: „Herr Präsident, lassen wir das, bleiben wir bei unseren Ansichten.“

**Und wie ist es heute? Meinen Sie nicht, dass es ohne das Kriegsrecht Jaruzelskis vielleicht viel schlechter ausgegangen wäre?**

Ja. Das meine ich. ○

(Tadeusz Mazowiecki o Okr<sup>1</sup>g<sup>3</sup>ym Stole, W g<sup>3</sup>owie mieliemy budzik: ostro<sup>3</sup>nie!, Gazeta Wyborcza, 6.2.2009 - Übersetzung: Wulf Schade, Bochum)

**General Kiszczak über den Runden Tisch**

**Auf Bajonetten sitzt es sich unbequem**

**Wir wollten die Opposition in die gemeinsame Regierungsarbeit einbeziehen. Dazu mussten wir sie ein bisschen auf die Regierungsbank schieben.**

**Maciej Stasiński: Wann begann die Staatsmacht nach der Einrichtung des Kriegsrechts darüber nachzudenken, dass man sich doch mit der Opposition verständigen muss?**

**Czesław Kiszczak:** Da gab es keinen bestimmten Zeitpunkt. Das war ein langsamer Prozess. In einem kleinen Personenkreis, in dem man sich total vertraute, sprach man darüber. Bereits Ostern 1982 sprachen wir in einem Regierungszentrum in fańsk darüber: Jaruzelski, Sawicki und ich. Wir befanden uns in einem beheizten Schwimmbecken und berieten uns einige Stunden lang. Der Ausgangspunkt war, dass man nicht ständig mit Hilfe von Panzern regieren kann und dass wir nicht endlos Repressionen anwenden können, wie es die Betonfraktion der Partei und die Verbündeten wollen. Auf Bajonetten sitzt es sich unbequem. Den Kriegszustand mussten wir ausrufen, aber wir dachten darüber nach, wie und wann wir ihn beenden können. Man kann so viele Menschen nicht auf Dauer aus dem öffentlichen Leben verbannen. So haben wir gedacht. Über uns hingen die Gespenster eines Imre Nagy, Pal Małecki oder Dubczek und Smrkowski, die man mit einem Sack über den Kopf nach Moskau transportierte.

Wir begannen mit Signalen. Mit Kardinal Macharski traf ich mich unmittelbar nach Ausrufung des Kriegsrechts. Die Kirche bekam uneingeschränkten Zugang zu den Internierten. Mit Erzbischof D<sup>1</sup>browski traf ich mich sehr oft, manchmal zweimal täglich. Was war das für eine Sensation, als er in das Gebäude des Innenministeriums kam und wir in meine Amtsräume gingen. Ich habe alle aus der Internierung befreit, bei denen es ging. Ich musste meine Leute überzeugen. Ich wusste, dass der Zeitpunkt kommen wird, an dem alle politischen Gefangenen freigelassen werden müssen, denn mit der Opposition kann man nicht sprechen, wenn ihre Kollegen im Gefängnis sitzen. Aber die Unterdrückung war von Beginn an Teil des Systems. Man musste also auch die Gefahr beseitigen, dass man wegen seiner Politik sitzen kann. **Sie haben also zusammengesessen.**

Aber bereits im März 1983 tauschten wir mit der Kirche Briefe über die Freilassung

der Gefangenen aus. Und wir begannen mit den ersten Gesprächen. Auf der anderen Seite befanden sich: Olszewski, Chrzanowski, Stomma und Priester Orszulik. Danach begannen wir mit den Gesprächen in Chylice mit den Gefangenen, den sogenannten Elf, über deren Einstellung ihrer Aktivitäten und der Ausreise aus Polen. Das führte zu nichts, sie reisten nicht aus. Danach riefen wir die Amnestie aus und bereits 1986 waren alle politischen Gefangenen frei.

Damals begann ich auch mit der Sondierung, wie man mit dem Untergrund verhandeln kann. Ich wollte mit Bujak sprechen [Bujak war einer der bedeutendsten Solidarność-Führer, der sich im Untergrund befand - GW], denn wir wollten keine neuen Gefangenen. Aber die Kirche übernahm keine Mittlerrolle. Michnik war auch misstrauisch. Damals baten mich viele Personen um Hilfe: Wajda, Olbrychski, Seweryn. Osiecka wollte anstelle von Michnik ins Gefängnis gehen. Ich habe für bessere Bedingungen, ärztliche Versorgung usw. für die Gefangenen gesorgt.

Wir haben versucht an Wałęsa heranzukommen, aber er steckte lange den Kopf in den Sand. Er zauderte. Immer dachte er, dass „Solidarność“ 10 Millionen Mitglieder habe. Man redete auf ihn ein, dass man Streiks durchführen müsse, wenn man die Roten an die Wand drücken will.

Nun und dann brachen sie 1988 aus, zuerst im Mai, dann im August. Aber daran beteiligten sich nur ein kümmerlicher Teil der Belegschaft. Bujak fuhr nach Ursus, woher schließlich stammte, aber sie wollten ihn nicht hören. Es war zu sehen, dass die Menschen genug vom Kampf hatten. Wir spürten, dass wir stark und „S“ [„Solidarność“] schwach waren.

Dann, am 21. Juli, knüpfte ich mit Wałęsa Kontakt und er war zu einem Treffen bereit. [Das fand am 31. August statt - GW]. Am 25./26. August fiel im Politischen Büro die Entscheidung über die Aufnahme von Gesprächen. In einer seiner früheren Ansprachen hatte Jaruzelski die Worte „Runder Tisch“ gebraucht. Ich wurde dafür bestimmt. Vielleicht wäre Rakowski ebenso gut geeignet gewesen, aber durch seine öffentlichen Auftritte, u.a. in der Danziger Werft [1983 rief Rakowski dort durch seinen arroganten Auftritt einen Endrüstungssturm hervor - GW], reagierten die Oppositionellen reflexartig gegen ihn. Die Opposition wusste, dass das Innenministerium nicht nur aus der Polizei besteht, sondern dass dort auch Politik gemacht wird. So nämlich schrieb damals Jan Lityński in einem Artikel der Untergrundzeitung „Tygodnik Mazowski“.

### **Was wollten Sie erreichen? Wie weit reicht Ihre Vorstellungskraft?**

Wir wollten ganz sicher nicht die Macht abgeben. Wir dachten noch weitere vier Jahre bis zu den nächsten, dann freien Wahlen zu regieren. Wir wollten die Opposition in die Regierungsteilnahme und Mitverantwortung für das Land ziehen.

Wir wollten sie ein bisschen auf die Regierungsbank ziehen, damit sie das Regieren lernen. Die Garantie auf die Regierung lag darin, dass die Opposition 35% der Sitze im Sejm haben würde und wir 65. Und vier Jahre später sollten freie Wahlen stattfinden.

Das legte ich alles Wałęsa und Priester Orszulik bereits am 31. August 1988 vor. Wałęsa war schockiert. Er selbst forderte die Wiedezulassung der „Solidarność“. Ich sagte ihm, dass das nicht sogleich möglich sei. Wir hätten 2,5 Millionen Parteimitglieder, die wir viele Jahre gegen euch aufgehetzt haben. Wir müssen sie auf diesen Schritt vorbereiten. Das selbe gilt für die Armee, das Innenministerium und auch die OPZZ [Gewerkschaft - ws.]. Ich brauche dafür Wochen, vielleicht sogar Monate. Aber ich spürte, dass Wałęsa mir nicht glaubte.

Am 16. September war das Treffen in der Magdalenka - und auf einem Mal stockte alles. Man bestand auf der Erwähnung einer Wiedezulassung der „Solidarność“ im Kommuniqué. Ich nahm mir in einem Zimmer Wałęsa und Mazowiecki zur Brust und sagte ihnen: „Wir haben euch sehr viel zugestanden und ihr verliert viel, wenn ihr so unnachgiebig seid. In aller nächster Zeit tritt Messner zurück, an seine Stelle tritt Rakowski und ich weiß nicht, wie dieser sich verhält.“ Sie waren die ersten, die das erfuhren, niemand wusste das vorher. Letztlich überzeugte Wałęsa seine Leute davon, dass im Kommuniqué über die Gespräche keine Bemerkung über „Solidarność“ stehen musste.

### **Rakowski kam und liquidierte sofort die Danziger Werft.**

Darüber wusste ich gar nichts. Ich weiß nicht, ob Jaruzelski davon wusste, aber ich denke ja. Das war Wahnsinn! Wie konnte man auf diese Weise die Wiege der „Solidarność“ liquidieren? Ökonomisch mochte das begründet sein, aber es gab viele andere defizitäre Fabriken, weshalb begann man von dieser? Es entstand ein Sturm der Empörung. Rakowski war schrecklich ambitioniert. Er begann von reichlich gedeckten Tischen zu sprechen, aber nicht über einen runden. [Premier Rakowski versuchte die zusammenbrechende Wirtschaft zu retten, die für leere Geschäftsregale stand, und ging davon aus, dass, wenn ihm

das gelänge, eine Verständigung mit der Opposition überflüssig wäre - GW]. In irgendeinem Interview sagte er, dass es keinerlei Wiedezulassung der „Solidarność“ geben werde. Er handelte dumm. Ich sprach über Rakowski mit Jaruzelski. Er gab mir Recht, aber dann tat er nichts dementsprechendes.

In der zweiten Novemberhälfte fand ein Treffen in einem Pfarrhaus in Wilanów statt. Wieder dieser krankhafte Widerstand für „Solidarność“. Ich sagte, dass es soweit kommen werde, aber nicht gleich jetzt. Ich war wütend, stand auf und sagte: „Nun dann lasst uns aufhören“. Dann drohte Gocowski mit dem Finger: „Wenn ihr abbrecht, werden es euch die Menschen nicht verzeihen.“ Und dann waren sie mit einem Kommuniqué ohne „Solidarność“ einverstanden.

### **Wie haben Sie letztlich die Betonfraktion, die gegen die Verhandlungen mit der Opposition war, besiegt?**

Im Dezember begannen wir das Plenum des ZK vorzubereiten. Es gab eine ganze Gruppe, die gegen uns agitierte. Sie befürchteten den Verlust der Macht. Namen werde ich nicht nennen.

### **Und weshalb nicht? Nach so vielen Jahren?**

Nun ich will nicht.

### **Dieselben wie immer? Milewski?**

Milewski spielte bereits keine Rolle mehr. **Kociołek?**

Natürlich, u.a. Kociołek. Wir trafen uns: Jaruzelski, Siwicki und ich, und beschlossen zu pokern, in dem wir dem Plenum unseren Rücktritt anbieten. Wir sahen, dass in Moskau ein deutlich besserer Wind weht. Wir wussten aber auch, dass Gorbatschows Position geschwächt war. Ich war 1987 in Moskau. Es fand dort ein Empfang statt, auf dem General Czebrikow, der Leiter des KGB, einen Toast auf Polen und General Jaruzelski aussprach. Nun, ich musste dann ebenfalls einen Toast aussprechen - zu Gunsten von Gorbatschow. Niemand stand auf und trank.

Als wir zum Plenum den Saal betraten, sprach Jaruzelski und erklärte auch in unserem Namen, d.h. von Siwicki, Rakowski und meinem, den Rücktritt. Danach gingen wir hinaus, mit uns Ciosek, Barcikowski und noch einige andere Personen. Die Beratungsleitung übernahm Jabłoński und man beriet praktisch bis zum anderen Morgen. Als dann abgestimmt wurde, gewannen wir. Man befürchtete, dass man ohne uns, ohne die Armee und das Innenministerium, nicht zurechtkäme. Das war das Ende der Betonfraktion.

Beim letzten Treffen mit der Opposition vor Beginn des Runden Tisches schlug ich

vor, Personen aus der AK mit einzubeziehen, z. B. Prof. Gieysztor. Wa<sup>3</sup>êsa war misstrauisch, aber sie schlugen Prof. Find-eisen vor. Später wurden sie Mitvorsitzende der Plenarberatungen. Ich wollte, dass Wa<sup>3</sup>êsa die radikale Opposition wie KPN, Solidarnoœa Walcz'ca, Jurczyk oder Gwi-azda, einband. Aber er wollte das nicht.

**Und hatte er nicht Recht damit? Es wäre noch schwieriger geworden miteinander zu sprechen.**

Das kommt darauf an, von welchem Gesichtspunkt man das betrachtet. Wenn sie mit am Tisch gewesen wären, wäre es ihnen später nicht möglich gewesen, alles so stark in Frage zu stellen. Vielleicht hätten wir die damals folgenden, wie auch die heutigen Angriffe vermieden. Die Attacke auf Wa<sup>3</sup>êsa, dass er ein Agent war...

Ich bin nicht mit Wa<sup>3</sup>êsa verheiratet. Aber das, was er 1980 machte, der Staatsmacht gegenüber Nein zu sagen, das nahm ihm niemand ab. Er wurde zu einem Denkmal. Er verwandelte sich in einen Menschen der Revolution. Er sagte den Menschen das, was sie hören wollten. Wollt ihr Flüsse? Ich baue euch welche. Ohne Probleme las er den Menschen ihre Wünsche von den Augen ab. Er sprach Dummheiten, aber in ihm war etwas Großes.

**Kehren wir zum Runden Tisch zurück.**

Den Runden Tisch auf der anderen Seite organisierte Geremek. Er war ein ausdauernder Spieler und hervorragender Redner.

**Was führte zum Umbruch? Der freie Senat?**

Ja. Das war interessant, denn Kwac-niewski, der das vorschlug, war damals für uns ein Bauer beim Schach. Er war intelligent und drückte sich gut aus. Ich bin sicher, dass er das vorher mindestens mit Rakowski abgesprochen haben muss. Aber ich war total überrascht, weshalb ich um eine Pause bat. Ich rief Jaruzelski an, und er war einverstanden.

Alles verkomplizierte sich nach dem Runden Tisch. Während des Wahlkampfes begann ich eine Niederlage zu befürchten. Denn ich kannte die Stimmung in Polen. Ich wollte unbedingt, dass wir noch weitere vier Jahre durchhielten. Ich glaubte Czarsky nicht, der den Wahlkampf für die PZPR verantwortete. Ich warnte Jaruzelski, dass ein schlechtes Ergebnis seine Auswirkungen auf unsere Verbündeten aus SLD und ZSL haben würde. Wir haben nicht einen Moment an den Verlust der Macht gedacht.

Danach stellte sich die Frage nach einer Präsidentschaft Jaruzelskis. Es gab in der OKP [Parlamentarischer Bürger-Klub - in ihm waren die Abgeordneten und Senatoren der Wa<sup>3</sup>êsa-Liste organisiert - GW]

einen großen Widerstand. Man trug ihm nach, dass er keine Blumen am Grab von General Anders am Monte Cassino niederlegte, als er bei einem Besuch in Italien weilte. Jaruzelski rief mich zu einem Gespräch und sagte: „Du wirst Präsident“. Ich erwiderte darauf: „In keinem Fall. Dafür bin ich nicht geeignet, als Mann der Geheimdienste, als der ich mein ganzes Leben arbeitete.“ Ich redete auf ihn ein, unkte, dass er ein Präsident Dank einer Stimme werde. Das wollte er nicht. Ich sagte ihm, dass es nicht wichtig sei, wie viele Stimmen er bekäme, beim Fußball gewinnt man 1:0 und es geht weiter. Aber er sträubte sich und schlug meine Kandidatur im Politbüro vor. Ich wollte das schriftlich von ihm haben, damit niemand glaubte, ich sei ein Halunke, eine Strohpuppe Jaruzelskis. Er gab es mir schriftlich und mit diesem Geleitbrief fuhr ich zwei mal zu Wa<sup>3</sup>êsa und Goc<sup>3</sup>owski. Wa<sup>3</sup>êsa unterstützte mich.

Noch vor den Präsidentschaftswahlen kam Präsident Georg Bush senior. Beim Empfang bat ich Bush, er solle Jaruzelski zur Kandidatur überreden. Er war konsterniert. Dann wandte sich der Sekretär für nationale Sicherheit Brent Scowcroft mit einem Toast an den „Präsidenten Polens“ Jaruzelski. Das war eine starke Unterstützung.

Es fand dann noch eine Konferenz mit den Verbündeten des Warschauer Vertrages in Budapest statt. Dort stellte mich Jaruzelski als den Präsidentschaftskandidaten vor. Aber Gorbatschow und andere unterstützten Jaruzelski.

**Auch Premierminister wurden Sie nicht.**

Als Jaruzelski Präsident wurde, bot er mir den Premierposten an. Wieder wollte ich nicht. Ich bot einigen Leuten aus der OKP diesen Posten an. Sie wichen aus, sie müssten erst mit dem Chef sprechen. Letztlich sagte Geremek zu mir: „Wir können Sie nicht unterstützen.“

Danach ließen sich die Vorsitzenden von SD und ZSL mit Wa<sup>3</sup>êsa fotografieren und Mazowiecki wurde der Kandidat. Und wieder drängte man mich, ich müsse in seine Regierung als Vizepremier eintreten und Chef des Innenministeriums werden. Ich wollte nicht und meinte, man müsse die Politik grundsätzlicher ändern. Da nannte mich Jaruzelski einen Deserteur. ○

**(Genera<sup>3</sup> Kiszczak o Okr'g<sup>3</sup>ym Stole, Na bagnetach kiepsko siê siedzia<sup>3</sup>o, Gazeta Wyborcza, 6.2.2009 - Übersetzung: Wulf Schade, Bochum)**

## Der Runde Tisch

### Von Zbigniew Girzyński

(...) Es scheint mir an der Zeit, den „runden Tisch“ zu entmythologisieren. Dieses Ereignis führte nicht zum unmittelbaren Fall des Kommunismus in Polen, obwohl es ohne Zweifel von Bedeutung war. Es war nur ein Weg, der zum Fall führte, aber dieser Fall war zu diesem Zeitpunkt bereits unabwendbar und ob der „runde Tisch“ stattgefunden hätte oder nicht, die Tage des Kommunismus in Polen (und nicht nur in Polen übrigens) waren gezählt. Es ist nicht so, dass General Jaruzelski und General Kiszczak, die noch 8 Jahre vorher, als sie das Kriegsrecht ausriefen, mit den Ketten der Panzer die mächtige 10 Millionen starke Gesellschaftsbewegung „Solidarnoœa“ zermalmten, plötzlich zur Jahreswende 1988/1989 zur Einsicht kamen, sich mit der damals bedeutend schwächeren Untergrund „Solidarnoœa“ zu verständigen und die Macht friedlich abzugeben. Wenn sie nur gekonnt und die Möglichkeit gehabt hätten, hätten sie die Macht niemals abgegeben, entsprechend der berühmten Erklärung von W<sup>3</sup>ady<sup>3</sup>aw Gomu<sup>3</sup>ka, „eine einmal errungene Macht, gibt man niemals wieder ab“.

Die Polen lieben die Freiheit. Gerade als in Europa der Absolutismus herrschte, war bei uns das Zeitalter der goldenen adligen Freiheit. Man konnte uns die Freiheit nur gewaltsam und mit großer Streitmacht nehmen. So geschah es in der Teilungszeit, während der Besetzung und dem kommunistischen Regime. General Jaruzelski und seine Vorgänger konnten Polen nur und ausschließlich deshalb regieren, weil der mächtige Schutzherr Sowjetunion als Garant fungierte. General Jaruzelski war ein gewöhnlicher sowjetischer Statthalter für Polen. Alles, was er tat und wie er handelte, tat und handelte er als Statthalter einer fremden Macht.

Es lohnt sich, an einige exponierte Fakten aus dem Leben des General Jaruzelski zu erinnern. Wojciech Jaruzelski wurde zweimal in seinem Leben mit dem höchsten sowjetischen Staatsorden, dem „Lenin-Orden“, ausgezeichnet. Das erste Mal bekam er diese „Auszeichnung“ 1968 für den Beitrag an der bewaffneten Niederschlagung des „Prager Frühlings“, d.h. für die militärische Intervention in die Tschechoslowakei. Das zweite Mal 1984 für die Niederschlagung der Konterrevolution in Polen durch die Einführung des Kriegsrechts.

1988 gab es nichts mehr niederzuschlagen. Die Untergrund „Solidarnoœa“ war damals

deutlich schwächer als 1981. Der Niedergang des Regimes Jaruzelskis geschah weder wegen der Stärke der „Solidarność“-Opposition noch aus einem guten, die Demokratie fordernden Herzen General Jaruzelskis, sondern aus der Tatsache, dass sich der früher mächtige Schutzherr seinem Ende näherte. Die Sowjetunion durchlebte eine schwere Krise. (...) Alles das führte zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems und öffnete den Weg zur Erlangung der Souveränität der Staaten des kommunistischen Blocks, so auch Polens. Das geschah unabhängig davon, ob in den postkommunistischen Staaten ein „runder Tisch“ stattfand oder nicht.

So wie der Sturz der drei Kaiser, die von Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn, den Weg zur Unabhängigkeit Polens frei machte, übrigens nicht nur Polens, sondern auch anderer Länder Osteuropas (Litauens, Lettlands, Estlands, der Tschechoslowakei, Ungarns) (...) so machte die Krise, und in der Konsequenz der Niedergang des sowjetischen Imperiums den Weg für Polen und andere Länder für die Erlangung der Unabhängigkeit frei und nicht irgendwelche „runde“ oder „dreieckige“ (so nannte man ihn in Ungarn) Tische. Der „runde Tisch“ sorgte nur für eine weiche Landung, war eine Flucht nach vorne des kommunistischen Regimes, dem sein unabwendbares Ende bewusst war. Es lohnt sich zu dem hierfür interessanten Buch von Dr. Antoni Dudek "Reglementierte Revolution. Der Zerfall der kommunistischen Diktatur in Polen 1988-1990" zu greifen.

Die Zerlegung des damaligen Systems ging überraschend weit und die Unabhängigkeit erreichte Staaten, die ehrlich gesagt gar nicht danach strebten. Hat jemand während der kommunistischen Ära jemals von unabhängigen oder oppositionellen Bestrebungen in Tadschikistan oder Turkmenien gehört? Die Schwäche der Macht Gorbatschows war das Fundament für die Veränderungen 1989 und ihre folgenden Konsequenzen. Wir hatten eine Menge Glück, dass Putin nicht eine Generation früher geboren wurde. Wenn jemand seines Schlages 1985 Generalsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion geworden wäre, wäre der Ablauf möglicherweise ein anderer gewesen.

Die Entmythologisierung des „runden Tisches“ ist nicht deshalb notwendig, weil es, wie es einige behaupten, damals zum „Verkauf Polens“, „zum Komplott der Eliten“ usw. gekommen war, sondern deshalb, weil es nicht wahr ist, dass er der Ursprung für die Unabhängigkeit Polens im Jahre 1989 war. Wenn er zu irgendetwas beige-

tragen hat, dann dazu, dass das kommunistische System in Polen außerordentlich langsam niederging, entschieden langsamer als in den anderen Ländern Mittel-Ost-Europas. Die Wahlen am 4. Juni 1989 waren zwar tatsächlich teilweise frei und auf diesem Gebiet war Polen Vorreiter in der gesamten Region, aber die ersten freien Parlamentswahlen in Polen nach dem Niedergang des Kommunismus fanden erst am 27. Oktober 1991 statt und in dieser Hinsicht waren wir das letzte unter den postkommunistischen Ländern! Man muss darauf hinweisen, dass in der benachbarten Tschechoslowakei, wo es anstatt eines „runden Tisches“ eine sogenannte „samte- ne Revolution“ gab und es so bereits im Herbst 1989 zum vollständigen Fall des Kommunismus kam, niemals die postkommunistische Partei eine bedeutende politische Rolle spielte, es dort auch nicht, jedenfalls nicht in dem Maße wie in Polen, zur Bereicherung der Nomenklatur kam, und eine Lustration und Dekommunisierung dort bereits einsetzte, als in Polen der vom Vertragsparlament gewählte Präsident General Wojciech Jaruzelski war.

General Jaruzelski ist der einzige Führer der VPR, der zweimal mit dem „Lenin-Orden“ „ausgezeichnet“ wurde. Ehrlicher Weise muss man anerkennen, dass vom Standpunkt derjenigen, die ihm den Orden zuerkannten, beide verdient waren. Das dritte Mal, für die Bewahrung des maximalen Einflusses der postkommunistischen Elite bei minimalen Verlusten im Zusammenhang mit der mustergültig durchgeführten Operation des „runden Tisches“, bekam er den Lenin Orden nur deshalb nicht, weil der Orden nicht mehr vergeben wurde. ○

**(Zbigniew Girzyński, Okr'g'3y stó<sup>3</sup>, [www.niezalezna.pl/blog/show/id/86](http://www.niezalezna.pl/blog/show/id/86); Übersetzung: Wulf Schade, Bochum)**

**Zbigniew Girzyński, geboren 1973, ist Mitglied der rechten Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość), Abgeordneter des Sejm der letzten sowie aktuellen Wahlperiode und Dozent an der Kopernikus-Universität in Toruń.**

## Abrüstung mit Auswirkung auf „Raketenschirm“ ?

Am Rande des Gesprächs von Außenminister Steinmeier mit seiner US-amerikanischen Amtskollegin Clinton wurde ein Thema berührt, das die deutsch-polnischen Beziehungen eng berührt: Die Pläne des amerikanischen „Raketenschirms“ auf polnischem Boden. US-Präsident Obama plant nämlich einen historischen Abrüstungspakt. US-Zeitungsberichten zufolge, sollen die USA und Russland die Zahl ihrer Atomsprenköpfe um 80 Prozent reduzieren. Das neue Abkommen soll in Anlehnung an den START-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty) dessen Nachfolgevereinbarung nie in Kraft trat, die Zahl der Sprengköpfe deutlich reduzieren. Steinmeier hat nun mit Hillary Clinton eine verstärkte Zusammenarbeit in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in Aussicht gestellt. Beobachter gehen davon aus, dass in den Verhandlungen mit Russland auch der beabsichtigte Raketenschirm mit Stationierung von Raketen auf polnischem Boden zur Debatte stehen wird.

## Neue Flugverbindung nach Krakau

Nach längerer Pause gibt es ab dem Sommerflugplan wieder eine Flugverbindung zwischen Berlin und Kraków. Ab 25. April 2009 hebt jeweils dienstags, donnerstags, samstags und sonntags ein Air Berlin-Jet vom Flughafen Berlin-Tegel Richtung Krakau ab. Zubringer nach Berlin gibt es aus zahlreichen deutschen und europäischen Städten wie beispielsweise Düsseldorf, Karlsruhe/Baden-Baden, Köln-Bonn, München, Stuttgart sowie Wien und Zürich.

Mit einem günstigen Ticket kann man schon ab 29 € incl. Gebühren pro Strecke fliegen. Vor allem am Wochenende liegt der one-way-Preis bei ca 50 €. Das Flexible Ticket (umbuchbar, kostenlos stornierbar) kostet aber rund 350 € pro Strecke. Mit dieser Verbindung ist nach längerer Pause wieder eine Verbindung zwischen Berlin und dem Südosten Polens hergestellt.

Für den Flug nach Krakau ist geplant, den Flugzeugtyp Dash 8-400 (Q400) des kanadischen Herstellers Bombardier mit 76 Sitzplätzen einzusetzen. Die Flugzeit nach Krakau beträgt eine Stunde und 25 Minuten. Gegenüber der Bahnverbindung, die noch immer über 10 Stunden dauert (Fahrpreis hin- und zurück 110 €), ist der Flug deutlich kürzer.

**Kfo.**

# Barrieren und Brücken

## Die östliche Nachbarschaftspolitik der EU im Spannungsfeld von Annäherung und Abgrenzung

Von Karin Schüttpelz

**Der Begriff „Mauer“ prägt das Jubiläumsjahr 2009: Mauerfall, Überwindung der Mauern zwischen Ost- und Westeuropa. Gefeierte wird die Wiedervereinigung des Kontinents. Aber stimmt diese Feststellung wirklich? Spricht man von Europa, ist oft die Europäische Union gemeint. Eine unzulässige Verkürzung. Europa, das sind auch Russland, die Länder des Kaukasus und des Westbalkans, Belarus, die Ukraine. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und diesen Ländern verläuft widersprüchlich, hin und her gerissen zwischen gemeinsamer Geschichte und historisch gewachsenen Vorurteilen, der Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit und Machtpolitik, Wohlstand im Westen und einem enormen Wohlstandsgefälle, je weiter man in Richtung Süden und Osten schaut. Die Krisen der vergangenen zwölf Monate - Georgienkrieg, Energiekrise, Wirtschafts- und Finanzkrise - haben schlaglichtartig gezeigt, dass gesamteuropäische, kooperative Lösungen statt Abgrenzung und Konfrontation gefragt und die bestehenden Mechanismen der Zusammenarbeit unzureichend sind.**

### Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union

Seit 2004 hat die Europäische Union neue Nachbarn. Dies war der Anlass, die Beziehungen zu den Staaten im Süden und Osten der EU neu zu ordnen. Im Ergebnis entstand die „Europäische Nachbarschaftspolitik“<sup>1</sup>, innerhalb derer die Beziehungen zu sechs Ländern Osteuropas (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien, Ukraine) und zehn des Mittelmeerraumes (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, besetzte Palästinensische Gebiete, Syrien, Tunesien) gestaltet werden. Diese Politik gilt weder für die Länder des westlichen Balkans, denen eine europäische Perspektive zugestanden wird, noch für die Türkei, mit der die EU Beitrittsverhandlungen führt, noch für Russland, mit dem Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geführt werden.

Hinsichtlich der Beziehungen zu den Ländern im Mittelmeerraum gibt es eine lange Tradition, die von der EG/EU-Mittelmeerpolitik (seit Anfang der 1970er Jahre), über den Barcelona-Prozess (ab 1995) bis zur Mittelmeerunion (Initiative der französischen Ratspräsidentschaft 2008) reicht.

Nach 2004 haben die Anzahl der Mitglieder in der EU und die Heterogenität ihrer Interessen ein Ausmaß erreicht, das die kulturellen, institutionellen und finanziellen Integrationspotentiale der EU in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit überfordert. Die Bevölkerung der EU lehnt die Aufnahme neuer Länder ab, nachdem ihre Erfahrung mit der letzten Erweiterung geprägt wurde vom Verlust von Arbeitsplätzen

durch Betriebsverlagerungen von West nach Osteuropa bzw. Betriebsschließungen in den Beitrittsländern, Lohnkonkurrenz und Senkung der Sozialleistungen. Andererseits hat die Europäische Union objektiv ein Eigeninteresse daran, dass sich ihre Nachbarstaaten ökonomisch entwickeln und politisch stabilisieren - einerseits, um weniger grenzüberschreitende Probleme nach Europa zu tragen, andererseits, um als Puffer gegenüber weiter entfernten Regionen zu wirken. Gesucht waren Alternativen zur Erweiterungspolitik.

Im Mai 2008 unterbreiteten Schweden und Polen dem EU-Außenministerrat ein Arbeitspapier zur östlichen Nachbarschaft, das als schwedisch-polnische Initiative bekannt wurde und zur Mitteilung der Europäischen Kommission zur Östlichen Nachbarschaft vom 3. Dezember 2008 führte. Erarbeitet wurde eine Strategie, die auf der einen Seite die Dynamik des Erweiterungsprozesses durchbricht und andererseits die osteuropäischen Nachbarländer durch Angebote zur engeren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eng an die EU binden (und von Russland fernhalten) soll.<sup>2</sup> Kooperationsabkommen mit der EU werden an die Bedingung geknüpft, dass die Partnerländer rechtsstaatliche und demokratische Reformen vollziehen. Geplant ist der Abschluss einer neuen Generation von Assoziierungsabkommen, die Maßnahmen zur Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung beinhalten und eine weitreichende Integration in die EU-Wirtschaft, die Vereinfachung der Einreisebedingungen in die EU, verbesserte Vereinbarungen im Bereich der Energieversor-

gungssicherheit sowie die Aufstockung der finanziellen Hilfe versprechen. Zur Unterstützung der Reformen in den Partnerländern bietet die EU umfassende Programme für den Umbau der staatlichen Institutionen an. Außerdem soll ein multilateraler Rahmen geschaffen werden, in dem der politische Dialog geführt und die Verbindungen zwischen den osteuropäischen Partnerländern selbst gestärkt werden sollen. Die Europäische Kommission plant Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 785 Millionen Euro für den Zeitraum bis 2013. Das klingt gut, hat aber viele Haken. Ökonomische Integration bedeutet, dass den Partnerländern die Liberalisierung und Privatisierung ihrer Volkswirtschaften aufgezungen wird, mit den bekannten sozialen Folgen. Freihandelszonen zwischen den ungleichen Partnern nützen in erster Linie den Konzernen aus der EU. Gefordert und gefördert wird eine weitgehende Angleichung der politischen, administrativen, ökonomischen und justiziellen Strukturen der Partnerländer an die der EU, sie werden aber aus den Entscheidungsprozessen der EU ausgegrenzt. Visaerleichterungen gewährt die EU nur im Austausch gegen die Einführung von Pässen mit biometrischen Daten, den Ausbau der Grenzkontrollen und Rücknahmeabkommen. Der vorgesehene Finanzrahmen ist eher bescheiden gemessen an den Ambitionen der EU und den Erwartungen der Nachbarn. Am problematischsten aber ist, dass die Hoffnungen vor allem der Ukraine enttäuscht wurden, in absehbarer Zeit zum exklusiven europäischen Klub dazugehören zu dürfen.

### EU, Russland und die gemeinsamen Nachbarn

Die EU, Russland und die gemeinsamen Nachbarn sind wie eine Familie, die die Zwistigkeiten der Vergangenheit mit sich herumträgt und sich nicht entscheiden kann, ob man sich zu dieser Familie bekennt will. Es sind Gesellschaften im Umbruch, auf der Suche nach einer Vision und Verbündeten für die Zukunft.

Russland ist aufgrund seiner Lage und Größe, seines politischen und militärischen Gewichts, seines Energiereichtums und seines wirtschaftlichen Potentials für die Europäische Union objektiv von strategischer Bedeutung. Grundlage der Beziehungen ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997, das den heutigen Bedingungen nicht mehr gerecht wird. Im Juni 2008 wurde die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Abkommen vereinbart. In der Praxis stagnieren die

politischen Beziehungen, während die wirtschaftliche Zusammenarbeit bis hin zur gegenseitigen ökonomischen Verflechtung voranschreitet.

Der Krieg zwischen Georgien und Russland und die Unterbrechung der Gaslieferungen in die EU an der Jahreswende 2008/2009 haben alle Widersprüche und inneren Spannungen verschärft, die sich im Verhältnis zwischen Russland und der EU seit Jahren angesammelt hatten. Die Erweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands heran, die einseitige völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo, die Pläne zur Stationierung von Komponenten eines Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik, das nachhaltige Misstrauen insbesondere der osteuropäischen EU-Nachbarstaaten gegenüber Russland haben in der russischen Außenpolitik zu einer immer deutlicheren Abkehr von der „strategischen Partnerschaft“ mit dem Westen hin zu einer selbstbewussten Machtpolitik geführt. Die EU kritisiert den Zustand der russischen Demokratie, die Menschenrechtssituation, das Staatsmonopol in strategischen Wirtschaftsbereichen. Über den Umgang mit Russland gibt es in der EU permanenten Streit. Die Beziehungen entwickeln sich im Spannungsverhältnis zwischen mittel- und osteuropäischen, historisch geprägten Erfahrungen und Sicherheitsinteressen und westeuropäischer Energiepolitik. Während Frankreich, Deutschland und Italien nicht zuletzt aufgrund ihrer Abhängigkeit von russischen Energielieferungen eher eine moderate Position in den Beziehungen zu Russland einnehmen, fordern vor allem Polen, die baltischen Länder, die Tschechische Republik, aber auch Schweden und Großbritannien eine konfrontative politische Gangart gegenüber Russland.

Eines der zentralen Konfliktfelder in den Beziehungen zwischen der EU und Russland ist die Rivalität in der gemeinsamen Nachbarschaft. Russland, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und die Ukraine haben eine lange gemeinsame Geschichte, davon 70 Jahre in einem gemeinsamen Staat, der UdSSR. Nur zwei Jahrzehnte ist der Zerfall der Sowjetunion und die Herausbildung der aus ihr hervorgehenden neuen unabhängigen Staaten her. Die damit verbundenen ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse sind noch lange nicht beendet. Daraus ergeben sich Abhängigkeiten und Einflussmöglichkeiten, die Russland selbstbewusst und im eigenen Interesse ausspielt. Aber auch die EU arbeitet an mehr Einfluss in ihrer östlichen Nachbarschaft und ist damit erfolgreich. Im Bestreben nach Souveräni-

tät und Alternativen zur Abhängigkeit von Russland wie auch auf der Suche nach einem alternativen ökonomischen Geschäftsmodell haben die meisten der osteuropäischen Nachbarländer die Angebote der EU nach engerer Zusammenarbeit angenommen. Das Ergebnis ist eine besorgniserregende Rivalität zwischen der EU und Russland in der gemeinsamen Nachbarschaft. Das hat sowohl auf die EU-Russland-Beziehungen als auch auf die Stabilität der Region verheerende Auswirkungen.

### Auf der Suche nach Energiesicherheit

Die Wirtschaftskraft, auf der das geopolitische Gewicht der EU beruht, ist abhängig von der kontinuierlichen Belieferung mit Energie. Mittelfristig geht es dabei um die fossilen Energieträger Öl und Gas. Der weltweite Kampf um den Zugang zu den verbleibenden Ressourcen prägt die Außenpolitik weltweit. Nicht erst seit 2008, als die Erdölpreise historische Rekordstände erreichten, hat die Schaffung von außenpolitischen Voraussetzungen für den Zugang zu Energieressourcen für die EU und ihre Mitgliedstaaten oberste Priorität. Dies ist der Hintergrund für die 2007 verabschiedete Zentralasienstrategie und die Strategie zur engeren Zusammenarbeit der Anrainer des Schwarzen Meers, der so genannten Schwarzmeersynergie.

Energieversorgungssicherheit ist auch ein wichtiges Motiv für die östliche Nachbarschaftspolitik der EU, denn alle östlichen Nachbarländer sind Transitländer für Energielieferungen heute und in der Zukunft. Welche Bedeutung sie für die Energieversorgungssicherheit der EU haben, hat der ukrainisch-russische Gasstreit anschaulich gezeigt. Hektisch bemüht sich die Europäische Kommission gegenwärtig um den baldigen Abschluss der Verhandlungen mit der Ukraine und Moldawien zur Energiegemeinschaft und um eine „Deklaration zur Energie“ mit Belarus, (zu dem die EU die Beziehungen infolge der Menschenrechts- und Demokratiesituation jahrelang eingefroren hatte). Für den 23. März 2009 bereitet die Europäische Kommission eine Investorenkonferenz für die ukrainische Energieinfrastruktur vor. Georgien, Armenien und Aserbaidschan sind für die Umsetzung der Pläne zum Bau neuer Pipelines von zentraler Bedeutung.

Russland ist nicht nur einer der Hauptenergielieferanten der EU, Russland ist auch Rivale im Kampf um den Zugang zu Ressourcen und Transitstrecken. Während die EU an Plänen zum Bau der 3400 Kilometer

langen Nabucco-Pipeline bastelt, durch die von 2013 an Erdgas von Feldern am Kaspischen Meer nach Westeuropa fließen soll, hat der russische Staatskonzern Gazprom 2008 nahezu alle zentralasiatischen Länder in den ehemaligen Sowjetrepubliken rund um Turkmenistan über langfristige Lieferverträge an sich gebunden. Die einzig sinnvolle Lösung für das Problems hat das Europäische Parlament im Lapperouze-Bericht im Februar 2009 vorgeschlagen: Es „hofft (...), dass die geplante Gaspipeline Nabucco in Zusammenarbeit mit Russland verwirklicht wird, damit nicht zwei Gaspipelines miteinander konkurrieren und langfristig russisches oder iranisches Gas bzw. Gas, das aus dem Kaspischen Meer kommt, weiterbefördert werden kann“, so der Bericht.

### Das gemeinsame Haus Europa

Inzwischen wächst in Europa eine Generation heran, die sich nicht nur in ihrem Geburtsland, sondern überall in Europa heimisch und willkommen fühlen will. Geboren in Kiew, will man in Paris, Rom und Berlin studieren, in Stockholm heiraten, in London arbeiten, in Italien Urlaub machen, die Oma in Moskau besuchen und in Prag zum Doktor gehen. Solche europäische Biografien sind bei jungen Leuten von heute nichts Außergewöhnliches mehr. Nur die Bedingungen für solche Biografien sind europaweit bei Weitem nicht gleich. Sie zu schaffen, dieser Herausforderung sollte sich europäische Politik stellen! Die Nachbarschaftspolitik der EU enthält wichtige Elemente, die die Kooperation zwischen den europäischen Ländern befördert. Sie führt aber auch zu neuen Rivalitäten und Fehlentwicklungen und ist damit weit davon entfernt, ein Modellprojekt zu sein. Notwendig ist es, die gesamteuropäische Zusammenarbeit zu entwickeln, eine Zusammenarbeit, die keinen Staat ausgrenzt und kein uns alle betreffendes Problem auslöst. Die notwendigen Strukturen dafür müssen neu geschaffen werden. Warum nicht die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wiederbeleben? ○

**1 Mitteilung der Europäischen Kommission „Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier“, Brüssel, 12.5.2004 KOM (2004) 373endg. / Mitteilung der Europäischen Kommission „Für eine starke europäische Nachbarschaftspolitik“ Brüssel, 5. Dezember 2007, KOM ("007) 774 endg.**

**2 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat „Östliche Partnerschaft“, Brüssel, den 3.12. 2008, KOM (2008) 823**

# Auf Wiedersehen Püppchen

In vielen polnischen Städten setzen sich am 8. März Frauen mit der Aktion „Manifa“ für Ihre Rechte ein

Von Katarzyna Tuszyńska

**Auf dem Boden des Wohnzimmers von Ewa Gromada, 22, liegen viele bunte Transparente. Seit etwa sieben Stunden schreibt die Jurastudentin an der Uni Danzig und Aktivistin der Frauenbewegung „Femme Totale“ zusammen mit den anderen Mitgliedern der polnischen Bewegung „Kampagne gegen Homophobie“ mit Slogans auf die weißen Stoffbahnen: „Gleiche Löhne für Männer und Frauen“, „Wir wollen Ehemänner in Vollbeschäftigung“ oder „Starke Frauen, starke Wirtschaft“. Mit diesen Losungen wollen polnische Aktivistinnen am Internationalen Frauentag in Danzig für Frauenrechte demonstrieren.**

Etwa 200 Demonstranten, darunter auch Homosexuelle, wollen sich am Tag der Frauen bei der Aktion „Manifa“ in Danzig für mehr Gleichberechtigung in der Gesellschaft einsetzen. Die Demos im Rahmen der „Manifa“ finden in diesem Jahr auch in Warschau, Breslau, Stettin und anderen

ganz bestimmte Botschaft. Im vergangenen Jahr ging es um Abtreibung. „In diesem Jahr wollen sich die polnischen Frauen quer durch Polen für künstliche Befruchtung stark machen“, erzählt Marta Tyminińska, 22 Jahre alt, Studentin der Kulturwissenschaften und Psychologie an der Uni



Die Aktivistinnen Ewa Gromada („Femme Total“) und Anna Urbańczyk („Kampagne gegen Homophobie“)

großen polnischen Städten statt. „Viele in Polen denken, dass der Zeitpunkt, als Frauen vor 91 Jahren das Wahlrecht in Polen erhalten haben, das Ende des Kampfes bedeutete. Wir haben zwar eine formelle Gleichheit, aber keine materielle“, ärgert sich Ewa Gromada.

Den Eindruck von Ewa belegen offizielle Statistiken. „Frauen verdienen weniger, werden schneller als Männer gefeuert. Jetzt während der Finanzkrise wird das besonders deutlich.“ Ewa will zeigen, „dass jede Stimme bedeutend ist, dass es viele Menschen in Polen gibt, die mit dieser Lage nicht einverstanden sind“.

Neben der Gleichberechtigung als Hauptthema gibt es jedes Jahr zur „Manifa“ eine

Thema, das den polnischen Demonstrantinnen am Herzen liegt, ist die Diskriminierung Homosexueller. „Homophobie Stop“ lautet einer ihrer Slogans. Anna Urbańczyk von der „Kampagne gegen Homophobie“ hält Polen in dieser Hinsicht immer noch ein rückständiges Land. Die Rechte der Homosexuellen werden täglich missachtet. „Die Homosexuellen, vor allem Männer, dürfen nicht auf der Straße Hand in Hand laufen oder sich küssen.“ Sie müssen sich oft mit ihrer Sexualität vor ihrer Familie und ihren Nachbarn verstecken. „Sich zu outen ist bei uns in Polen immer noch sehr schwierig.“

Selbst Bewegungen wie die „Kampagne gegen Homophobie“ haben es in Polen

nicht einfach. Alexandra Księżopolska, eine der Veranstalterinnen von „Manifa“, kann sich gut an die Frauentagsdemos der vergangenen Jahre erinnern: „Die Demonstranten werden mit Eiern, Steinen oder mit Eis oder Schnee beworfen.“ Für Alexandra ist „Manifa“ jedes Jahr ein großes Ereignis. Außer Frauen demonstrieren auch Homosexuelle, Vertreter der Grünen und andere Politiker mit. Jedes Mal kommt es zu Auseinandersetzungen. „Manifa ist kein friedlicher Feiertag, so wie man es sich wünschen würde.“

Um diesem Tag dennoch einen friedlichen Charakter zu geben, werden neben der Demonstration auch Seminare, Konferenzen und kulturelle Ereignisse veranstaltet. In diesem Jahr werden Künstler aus Polen, Griechenland, der Slowakei und Italien Gemälde zum Thema Gleichberechtigung vorbereiten. In dem Projekt unter dem witzigen Motto „Auf Wiedersehen Püppchen“ sollen Werke des amerikanischen Pop-Art-Künstlers Roy Lichtenstein als Inspiration dienen. „Auf der einen Fläche werden die Künstler Werke von Roy Lichtenstein kopieren, auf der zweiten entsteht dann ihre eigene Interpretation. Es heißt dann - wie würde das Werk von Lichtenstein aussehen, wenn er eine Frau wäre?“

Die Murales von Roy Lichtenstein sind gigantische Comics. Der Künstler zeigt seine Figuren in der New Yorker Metro Station Times Square. Da wird der Mann als starker Macho dargestellt. Die Frau dagegen ist schwach, weint und wartet auf den Mann. Magda Czajkowska, Künstlerin aus Danzig, hat mit diesen Bildern im Kopf die Konzeption der „Manifa“-Workshops entwickelt. „Eine Bekannte fragte mich, ob ich etwas machen kann, um diese destruktiven Bilder von Lichtenstein zu verändern. So entstand meine Idee: Wie würden die Bilder aussehen, wenn Lichtenstein eine Frau wäre.“

Dabei sind auch die Sichtweisen von Männern gefragt. Der Künstler Michał Madura nimmt am diesjährigen „Manifa“-Workshop teil. Auch er will für Gleichberechtigung kämpfen. Doch er legt Wert darauf, Frauen den Vortritt zu lassen und ihnen die Tür zu öffnen. „Bei uns in Polen gehört das zum guten Ton“. So sehen es auch Alexandra und ihre Kameradinnen vom Kreis „Femme Totale“. Sie halten sich nicht für verrückte Feministinnen. „Ich halte es einfach für eine nette Geste, wenn der Mann der Frau Vortritt gewährt.“ Ihr gehe es schließlich nicht darum, diese Gesten zu bekämpfen. „Uns geht es vor allem um die berufliche Gleichberechtigung.“ ○



Zum Tag des Nationalen Gedenkens am 27. Januar

## Polnische Häftlinge im KZ Sachsenhausen

Von Werner Stenzel

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee unter den härtesten Bedingungen einer vorverlegten Winteroffensive und um den Preis eigener hoher Verluste an Menschen das KZ Auschwitz. Es war ein Wettlauf gegen die SS um das Überleben Tausender Häftlinge. Nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wird dieses Datum als nationaler Gedenktag gewürdigt. Von höchsten Repräsentanten der Regierung werden Reden gehalten und mit Kränzen der Opfer des SS-Terrors gedacht, so auch in Oranienburg, bekannt durch das KZ Sachsenhausen. Dieses Lager wurde im Jahre 1936 von Häftlings-Kommandos aus Esterwegen förmlich aus dem Boden gestampft. In den Jahren 1936/37 waren über 2000 Häftlinge in Sachsenhausen, ihre Zahl wuchs nach Kriegsbeginn auf 12.000 und erreichte mit 47.000 bis 1944 ihre Höchstzahl. Insgesamt wurden in Sachsenhausen 204.537 Häftlinge aus fast 30 Ländern registriert. Neben Sowjetbürgern und Juden kam die größte Gruppe aus Polen, sie wird auf 46.000 Personen geschätzt.

Der Enthauptungsschlag gegen das polnische Volk richtete sich gegen seine Intelligenz. Im November 1939 kamen von 183 Professoren der Jagiellonen Universität in Krakau 159 in das Lager Sachsenhausen.



Gedenktafel für die erste Massenexekution in Sachsenhausen am 9. November 1940

Foto: Werner Stenzel

Bis zum Februar 1940 waren bereits 13 von ihnen umgebracht worden. Unter den polnischen Häftlingen, die im Jahre 1940 nach Sachsenhausen verbracht wurden, befanden sich etwa 200 Pfarrer, von denen 80 ums Leben gekommen sind.

Es ist kaum nachvollziehbar, was in diesen Menschen, die mit Herz und Verstand dem Humanismus und der Wissenschaft verpflichtet waren und die an der Gültigkeit internationaler Verträge nicht zweifelten, vor sich ging, als sie 1939 nach Deutschland verschleppt wurden. Sie, die immer Goethe und Mickiewicz, Chopin und Liszt zusammen gedacht hatten und bei Veit Stoß Krakau und Nürnberg im Sinn hatten und

die sich mit deutschen Christen durch einen Gott und eine Religion verbunden fühlten, wurden nun nicht nur von Totschlägern der SS, sondern auch jenen Kriminellen misshandelt, die sich der Macht andienen wollten. Es waren jene Verbrecher dabei, die später in der SS-Gliederung Dirlewanger besonders grausam an der blutigen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes teilnahmen.

Es war nicht erstaunlich, dass sich nicht nur bei Polen, die sich bisher einen Faschisten nicht leibhaftig vorstellen konnten, aus Unverständnis über ihre Lage Ablehnung und Hass gegen alles Deutsche entwickelte. Das Wichtigste für die Häftlinge war in dieser Situation, mit ihrer 'Weltfremdheit' fertig zu werden und zu begreifen, dass es auf das Erlernen und den Gebrauch der deutschen Sprache ankommt, weil jedes Missverständnis mit dem Wachpersonal neue Schikanen, selbst den Tod bedeuten konnte. In dieser Situation taten die politischen deutschen Häftlinge alles, um Fremdheit ihnen gegenüber zu überwinden und die Erkenntnis zu entwickeln, dass es gegen einen gemeinsamen Feind gemeinsame Interessen zu vertreten gilt. Aus dieser Zeit sind wunderbare Zeugnisse deutsch-polnischer Beziehungen überliefert, die unter den extremsten

menschlichen Belastungen entstanden.

Nur Stichpunkte können hier genannt werden. Zeitweilig existierte ein streng isoliertes polnisches Jugendlager innerhalb des KZ, dem die besondere Aufmerksamkeit der „Politischen“ gehörte. Befangen im Rassenwahn musste nach Auffassung der Faschisten der Blockälteste ein Deutscher sein. Die illegale Leitung vermochte es, den sozialistischen Lehrer aus Hamburg, Franz Bobzien, in diese Funktion zu lancieren. Wie viel Mut und nervliche Anspannung mag es ihn gekostet haben, Treffen zwischen den Söhnen und Vätern, die im großen Lager inhaftiert waren, zu organisieren? Illegal organisierte er Deutschkurse und mit Hilfe anderer Genossen fanden Literaturabende statt, bei denen Mickiewicz, Tuwim, Broniewski und andere zitiert wurden.

Unter Einsatz ihres Lebens nahmen deutsche Häftlinge darauf Einfluss, dass Leidensgenossen zu Arbeiten in den Wirtschaftsunternehmen der SS und einem der bis zu 75 Außenkommandos abgestellt wurden, die bei Henkel, Daimler-Benz, Krupp und anderen Konzernen angesiedelt waren. Arbeiten konnte in diesen Fällen helfen, Kontakte zu knüpfen und Leben zu schützen.

Harry Naujoks, Lagerältester in Sachsenhausen in den Jahren 1936-42, berichtete über Schwierigkeiten und Einvernehmen mit den polnischen Pfarrern, darüber wie religiöse Literatur aus der Effektenkammer organisiert wurde, Gottesdienste stattfinden, zu denen Dank Talent und Mut von Häftlingshandwerkern selbst Messwein vorhanden war.

Der für Deutschland geschichtsträchtige 9. November verbindet sich in Sachsenhausen mit der ersten Massenexekution an 33 polnischen Bürgern im Jahre 1940, die bei einer Abschreckungsaktion der Gestapo in Palmiry bei Warschau gefasst wurden, aber auf Grund ihrer Unschuld sicher auf ihre Entlassung hofften. Sie wurden hingerichtet, möglicherweise ein Ritualmord im Gedenken an den 9. November 1923, den Marsch Hitlers auf die Feldherrnhalle. Am Abend, bei polnischen Gedenkfeiern stellten deutsche Häftlinge an den Baracken der Schlafräume Wachposten zur Absicherung gegen die SS auf. Von vielen ganz persönlichen Schicksalen wäre hier zu berichten, die es dem Vergessen zu entreißen gilt.

Nach der Befreiung vom Faschismus schrieb der ehemalige Häftling Lucjan Mierzwiński nicht nur in Gedenken an Franz Bobzien, der beim Bombenentschärfen den Tod gefunden hatte, u.a.: „Die Deutschen hatten unsere Heimat zerstört, unsere Landsleute zu Tausenden ermordet

und uns selbst in die Hölle von Sachsenhausen verschleppt. Franz Bobrien vermochte es, inmitten dieser Hölle unseren Hass gegen Deutschland und alles Deutsche zu besiegen. (...) Er hat uns, der wir fast alle aus bürgerlichem Haus kamen und ahnungslos in die Hände der Faschisten fielen, den Glauben an die Menschheit wiedergegeben und uns zu überzeugten Sozialisten erzogen.“ Der jetzt 93jährige Karl Stenzel, Mitglied unserer Gesellschaft für gute Nachbarschaft, legt höchsten Wert auf die Feststellung, nicht Opfer gewesen zu sein, sondern Widerstandskämpfer. „Zeit lebens setzen wir uns ein für eine bessere, eine menschliche Gesellschaft, dafür haben wir in Zuchthäusern und KZs gelitten.“

Lang ist die Liste der „Sachsenhausener“, der spätere Präsident der Volkskammer der DDR Horst Sindermann, der spätere KPD-Vorsitzender Max Reimann, der DDR-Minister und Schriftsteller Fritz Selbmann, sie stehen auf ihr neben dem Literaturwissenschaftler Wilhelm Girus. Die Namen der Hingerichteten wie Julius Leber, Ernst Schneller, Matthias Thesen und der Tausenden Ungenannten sind aufzurufen.

Wer über Versöhnung und Verständigung spricht und diese Seite unserer Geschichte verschweigt, will etwas verbergen, der blendet und bringt Nebel in die Hirne der Menschen. Für uns, die wir an diese Fakten erinnern, kommt es darauf an, das Buch über Sachsenhausen, wie der anderen Folterstätten der Faschisten nicht als Monstrans vor uns herzutragen, sondern zu fragen, worin unsere hauptsächliche tägliche Verantwortung besteht. Niemand und nichts wird vergessen, deshalb sollte es unsere Verpflichtung sein, die Tradition des Gedenkens der Ermordung der 33 polnischen Patrioten am 9. November 1940 mit unseren polnischen und deutschen Freunden weiterzuführen.

Karl Stenzel arbeitete während seiner letzten KZ-Zeit als Vorarbeiter im Rüstungsbetrieb der Demag-Reinmetall-Borsig Werke im Nebenlager Falkenberg. Er erzählt, dass es dort unter 1600 Häftlingen nur 30 Deutsche und davon zwölf Genossen der Arbeiterparteien gab. Dort gelang es ihm mit dem Ethnologen Professor Zuk von der Universität Lwów, den Widerstand zu aktivieren, Leben zu schützen, sich auf die Befreiung vom Faschismus vorzubereiten und eine von der SS immer beachtete Kraft zu sein. Denken wir deshalb auch über unsere Zivilcourage nach und darüber, dass Überzeugung und Organisation unsere Kräfte vervielfacht, ja unbezwingbar macht, nicht um unser Selbst, sondern um der Menschlichkeit willen. Jede Gelegenheit nutzten die Politischen, sich zu bilden

durch das Gespräch, durch Literatur, die irgendwo und irgendwie aufgetrieben werden konnte, durch die Beschäftigung mit Kunst und Kultur, um der Gewalt widerstehen zu können. Es war der Häftling Karl Bloch, der spätere Generalsekretär der H. v. Gerlach-Gesellschaft und der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft, der in das Sachsenhausenlied schrieb, Not und Sorgen zu trotzen und sich die Hoffnung auf die Freiheit und

das Morgen zu bewahren, nicht in der Erinnerung zu verharren und die Vergangenheit zu verklären:

„Was hinter uns ist abgetan,  
gewesen und verklungen

die Zukunft will den ganzen Mann,  
ihr sei unser Lied gesungen.“

○ **Werner Stenzel, Rentner, ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und Redaktionsmitglied von POLEN und wir**

## „Eindeutschungsfähig?!“

### Eine Lebensgeschichte zwischen Polen und Württemberg im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit

Von Silvester Lechner

Als das Ulmer Doku-Zentrum 1996/97 160 Polinnen und Polen einlud, die in der NS-Zeit in die Region Ulm als Zwangsarbeiter verschleppt worden waren (vgl. Sie unseren Band „Schönes, schreckliches Ulm“ von damals), waren unter ihnen auch Roman Sobkowiak und seine Schwester Seweryna. Sie waren nach der Besetzung Polens durch Nazi-Deutschland mit Eltern und Geschwistern aus ihrem Haus verjagt und nach Württemberg verschleppt worden. Allerdings: Sie waren keine Zwangsarbeiter mit einem „P“ auf der Brust, sondern „Deutsche auf Bewährung“. „Eindeutschungsfähig“ nannten das die Rasseexperten der SS. Etwa 40.000 Polen hatten dieses Etikett bekommen. Roman Sobkowiak, 1923 geboren, ist der erste aus dieser Gruppe, der eine ausführliche biografische Beschreibung seines exemplarischen Schicksals geschrieben hat. Dieses Buch ist nicht nur ein Dokument der nationalsozialistischen Umsiedlungs- und Germanisierungspolitik der Nazis in Polen. Es ist auch, da Sobkowiak nach 1945 in Schelklingen, dem Ort, in den ihn die Nazis umgesiedelt hatten, blieb und eine Familie gründete, das Dokument eines unglaublich vielfältigen Lebens in der Nachkriegszeit Württembergs.

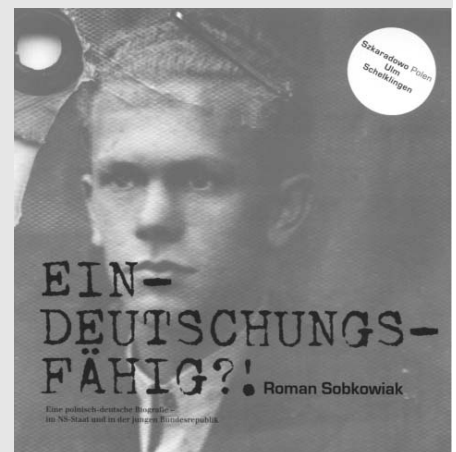
Der Lebensbericht hat drei Teile:

- Kindheit und Jugendjahre in Polen
- „Eindeutschung“ im SS-Lager Schelklingen
- Leben im württembergisch-schwäbischen Deutschland nach 1945

Dazu kommen: eine Einleitung des Herausgebers zum historischen Kontext; ein Nachwort des Sohnes Lothar Sobkowiak; eine Chronologie zu Sobkowiaks Leben

und zur deutsch-polnischen Geschichte; ein Literaturverzeichnis. Außerdem ist im Wortlaut ein Schlüsseldokument der NS-Rassenpolitik in Polen, Heinrich Himmlers Aufsatz „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“, wiedergegeben.

Dr. Isabel Heinemann, Autorin des einschlägigen wissenschaftlichen Standardwerkes („Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003), schreibt im Klappentext u.a.:



„Roman Sobkowiak zeigt, wie zutiefst rassistisch die NS-Umsiedlungsexperten in Osteuropa vorgingen, Menschen ohne Rücksicht registrierten, klassifizierten, deportierten und ermordeten. (...) Doch sein Lebenslauf vom Vertriebenen und Verfolgten bis zum Bürger der Bundesrepublik liefert auch ein beeindruckendes Zeugnis dafür, wie man über alle historischen Zäsuren hinweg in diesem Land leben kann.“

○ **Roman Sobkowiak, Eindeutschungsfähig?! Eine polnisch-deutsche Biografie im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik, Hg. von Silvester Lechner, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V., Ulm, Verlag Klemm&Oelschläger, 2009, 116 S., 50 Fotos, 19,80€**

# Rückwärtsgewandte Geschichtssteuerung

## Zur Kritik an der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Von Luc Jochimsen

**Am 3. September 2008 legte die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur Errichtung der „Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung“ vor. Die Stiftung wurde in der Gesetzesvorlage der Koalitionsparteien vom 14. Oktober 2008 als „unselbstständige“ Stiftung im „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ‚Deutsches Historisches Museum‘“ eingebettet. Der Gesetzentwurf erlangte nach der zweiten und dritten Beratung im Deutschen Bundestag bei zu Protokoll gegebenen Reden mit Abstimmung ohne Debatte in der Nacht auf den 5. Dezember 2008 Gesetzeskraft. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hat dem Gesetz seine Zustimmung verweigert.**

Diesem Gesetz ging ein fast zehn Jahre dauernder Streit um die Schaffung eines Museums oder einer Dokumentationseinrichtung zur Aufarbeitung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung voraus. Welchen chronologischen Verlauf nahm dieser Streit?

1. Der Startschuss: Am 19. März 1999 erklärten Bundesvorstand und Präsidium des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), ein „Projekt zur Dokumentation und Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vertreibungen“ auf den Weg zu bringen.

2. Unterstützt wurde das schnell so bezeichnete „Zentrum gegen Vertreibungen“ am 29. Mai 1999 von Innenminister Otto Schily (SPD) auf seiner Festrede bei einer Feier des BdV in Berlin.

3. Im Juni 1999 übernahm die Stiftung „Haus der Geschichte“ in Bonn diese Überlegungen und konzipierte eine Ausstellung zur Vertreibung.

4. Das Präsidium des BdV verabschiedete am 19. Mai 2000 eine Konzeption für eine Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“.

5. Gründung dieser Stiftung am 6. September 2000 mit den Vorsitzenden Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD).

6. Bundespräsident Johannes Rau (SPD) erklärte auf seiner Rede beim jährlichen Festakt zum „Tag der Heimat“ des BdV am 6. September 2003 die grundsätzliche Unterstützung für das „Zentrum gegen Vertreibungen“.

7. Kritik aus Polen: Die bis dahin eher zurückhaltende Position in Polen zu den deutschen Plänen eskalierte danach in zwei Schritten:

a) Am 15. September 2003 reagierte der polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski in einem Artikel der Zeitung „Rzeczpospolita“ und betonte die Recht-

mäßigkeit der Potsdamer Beschlüsse.

b) Das polnische Wochenmagazin „Wprost“ polemisierte am 21. September 2003 mit einer Karikatur auf den alten deutschen Revanchismus, der nun als „trojanisches Pferd“ Steinbach-Kanzler Schröder wieder in Polen einmarschieren möchte.

„Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen.“

– Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen?

– Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung der Grünen angenommen.“

**aus: Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, 193. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 4. Dezember 2008, S. 20849**

8. Die deutsche Reaktion: Eine politische Offensive aus Berlin führte schließlich am 29. Oktober 2003 zur „Danziger Erklärung“ zwischen Deutschland und Polen. Beide Seiten verpflichteten sich zu einer gemeinsamen Neubewertung und Dokumentation „aller Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung“ in Europa.

9. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD legte am 11. November 2005 fest, „im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“.

10. Nur knapp einen Monat später wurde am 3. Dezember 2005 die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Haus der Geschichte“ in Bonn eröffnet.

11. Es folgte die Eröffnung der BdV-Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Berliner Kronprinzenpalais am 11. August 2006.

12. Am Ziel: Der besagte Regierungsbeschluss vom 3. September 2008 und die Überführung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in ein Gesetz am 5. Dezember 2008.<sup>2</sup>

## Elementares Ergebnis dieser Chronologie

ist vor allem die sehr zielgenaue Arbeit bei der Verfolgung der geschichtspolitischen Absicht des BdV, die sich in deutlicher Form nochmals auf dem „Tag der Heimat“ am 6. September 2008 in einer Rede von Erika Steinbach manifestierte: Für sie gelten Vertreibungen unterschiedslos nunmehr europaweit als Verbrechen und gerade die davon betroffenen Deutschen wurden hierbei „in eine schreckliche Kollektivhaftung genommen“.<sup>3</sup>

Unmissverständlich ist zu sagen, dass auch die Vertreibungsgeschichte der Deutschen und anderer europäischer Bevölkerungen aufgearbeitet werden muss. Dazu bekennt sich auch DIE LINKE. Die Frage ist nur, wie das geschehen soll. Steht tatsächlich der Versöhnungsgedanke im Vordergrund? Oder wird mit der Stiftungsinitiative der Bundesregierung unter maßgeblicher Beteiligung des BdV nicht einer Relativierung der deutschen Zeitgeschichte zugearbeitet, die den deutschen Opfern einen Stellenwert zuschreibt, der nach Ursachen, Verlauf und Folgen der Aggressionspolitik Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nicht fragt und auf diese Weise nicht gebilligt werden kann?

DIE LINKE hat als einzige Partei gegen den Gesetzentwurf zur „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gestimmt. Als Begründung führte sie u. a. aus: „Unter dem schön neutralen Titel ‚Errichtung einer Stiftung Deutsches Historisches Museum‘, gegen die politisch nichts einzuwenden ist, wird nun eine auf die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung gerichtete Ausstellungs- und Dokumentationsstelle in Berlin errichtet und vom Bund finanziert. Ein Vorhaben, höchst kontrovers gesehen - im Inland wie im Ausland. Ein Vorhaben, höchst missverständlich betitelt: ‚Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘.“

Die Fraktion DIE LINKE hat wiederholt gefragt: „Wer soll sich da mit wem versöhnen?“ und bisher keine Antwort auf die

Frage erhalten. Und wir haben auch immer wieder die Frage gestellt: „Wie kann eine solche Institution der Erinnerung ausgerechnet in Berlin, dem Ort, von dem alle mörderischen Verbrechen ausgingen, die dann zum Elend von Flucht und Vertreibung geführt haben, der Versöhnung dienen?“

### Welch eine Chance wurde da vertan?

Polens Ministerpräsident Donald Tusk hat Deutschland eingeladen, sich am großen polnischen Anti-Kriegs-Museum in Danzig zu beteiligen. Kein Interesse. Die Städte Görlitz und Zgorzelec haben sich für eine Doppelausstellung beworben. Kein Interesse. Es gab Vorschläge, Ausstellungen und Dokumentationen im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechische Republik zu schaffen. Kein Interesse. Nein, es muss Berlin sein, und es muss jetzt ganz schnell und klammheimlich etabliert werden, ohne parlamentarische Aussprache - ohne gesellschaftliche Diskussion.

Am 13. November 2008 hat W<sup>3</sup>adis<sup>3</sup>aw Bartoszewski in der Zeitung „Rzeczpospolita“ unter anderem gesagt: „Wir wurden um unsere Meinung gebeten. Wir haben geantwortet, dass wir weder im Namen des polnischen Staates, noch im Namen der Regierung irgendeine institutionelle Handlung in dieser Sache unternehmen werden. Wir haben in letzter Zeit mit der tschechischen Regierung eine gemeinsame Haltung gegenüber dem deutschen Vorhaben vereinbart, die - auf eine einfache Formel gebracht - besagt: Macht, wie Ihr denkt, aber passt auf, was Ihr macht!“

Wer passt jedoch auf, was da entsteht und was da gemacht wird? Das Parlament hat wenige Möglichkeiten. Im Dreizehnpersonen-Aufsichtsratsgremium der Stiftung haben zwei Bundestagsabgeordnete Sitz und Stimme, aber drei Vertreter des Bundes der Vertriebenen - sie stellen die größte Gruppe.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt den Gesetzentwurf wegen der Konzeption der Stiftung, ihres Standortes und der Zusammensetzung des Kontrollgremiums ab.<sup>4</sup>

Für die Zukunft erscheinen uns zwei Dinge als besonders problematisch: Zum einen das weitere Verhältnis zu Polen im Geschichtsdiskurs und zum anderen die vom BdV zugeschnittene europäische Dimension des Dokumentationsinhalts.

Es steht nämlich zu befürchten, dass die polnische Seite den Versöhnungsaspekt beileibe nicht so sieht, wie er von BdV und Regierungskoalition stets verbal vorgetragen wird - und das heißt wohl, dass die

weitere Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen bei staatlichen und zivilgesellschaftlichen Geschichtsprojekten eher beschädigt als befördert worden ist.

Es steht des weiteren zu befürchten, dass die Umsetzung der inhaltlichen Ausrichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im europäischen Maßstab Dinge zusammenbringt, die nicht zusammengehören - „auch die Verfolgung der Sinti und Roma im Kosovo oder den Massenmord an der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reichs“. Beides sind rassistisch motivierte Verbrechen, die, in eine Reihe mit der Umsiedlung und Vertreibung von Deutschen gestellt, die politische Begründung für die Regelungen gegenüber Deutschen von 1945 regelrecht unterschlagen.<sup>5</sup> Insoweit ist sehr genau kritisch zu beobachten, wie die Geschichte des „Vertreibungsunrechts“ nach der vorliegenden Konzeption Gestalt annehmen wird. ○

1 Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ vom 14. Oktober 2008, in: Bundestagsdrucksache 16/10571.

2 Die Chronologie folgt im Wesentlichen Jörg Kronauer: „Es ist vollbracht.“ Die Entwicklung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ von der Idee zur gesetzlichen Legitimierung, in: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität. Heft 30: Die F-Skala - Zur Relevanz des Faschismus, Dezember 2008, S.65-67.

3 Vgl. Bund der Vertriebenen: „Erinnern und Verstehen“. Tag der Heimat 2008. Rede der Präsidentin Erika Steinbach MdB am 6. September 2008 im Internationalen Congress Centrum Berlin.

4 Aus der zu Protokoll gegebenen Rede im Deutschen Bundestag am 5. Dezember 2008. Auch die Reden der anderen Fraktionen gingen zu Protokoll. Vgl. 193. Sitzung des Deutschen Bundestages, in: Plenarprotokoll 16/193, S.20848/20849.

5 Vgl. Kronauer: „Es ist vollbracht.“..., a.a.O., S.65.

### Lukrezia (Luc) Jochimsen ist kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

## Erzwungener Rückzug

Die starke öffentliche Positionierung der politischen Kräfte in der BRD - nicht zuletzt auch die von Außenminister Frank Walter Steinmeier (SPD), die vorbehalt- und bedingungslos gute Beziehungen zu Polen wollen, gegen Erika Steinbach als Mitglied des Stiftungsrats „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hatte vorerst Erfolg. Auf großen Druck erklärte Erika Steinbach am 3. März 2009, dass Sie nicht in den Stiftungsrat einziehen werde. Ihr Platz werde aber nicht durch eine andere Person eingenommen, sondern bleibe frei.

Mit diesem vorläufigen Rückzug ist die Auseinandersetzung um Erika Steinbach nur vordergründig beendet. Er macht die Stiftung damit auch nicht zu einem positiven Faktor für die deutsch-polnischen Beziehungen. Dieser - erstmal nur zeitweilige Rückzug - soll ja, wie Steinbach sagte, den Beginn der Stiftungsarbeit ermöglichen. Aber die eindeutige Ablehnung Steinbachs auf deutscher Seite, dass sie wegen ihrer Vorstellungen zur deutsch-polnischen Geschichte eine Zumutung für die polnische Seite sei, ist ein politischer Fortschritt.

Die polnische Seite hat die Einrichtung der Stiftung wie auch die Besetzung des Stiftungsrates als innerdeutsche Angelegenheit bezeichnet. Eine Mitarbeit an der Arbeit der Stiftung lehnt sie ab. Sie hat aber vollkommen Recht, wenn sie vor der Mitgliedschaft von Erika Steinbach im Stiftungsrat warnt. Erika Steinbach sei „nicht die Person, die für die deutsch-polnische Versöhnung richtig ist“, sagte dazu die frühere Deutschland-Beauftragte des Warschauer Außenministeriums, Irena Lipowicz. Sie warf Steinbach in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur vor, sie habe die Vertreibung als „die schlimmste Sache des 20. Jahrhunderts bezeichnet“. Für die meisten Polen und Deutschen seien aber der Zweite Weltkrieg und der Holocaust die größten Katastrophen gewesen. Steinbach sei „eine Person, die die ganze deutsch-polnische Geschichte anders sieht“.

Auch POLEN *und wir* hat sich mehrfach mit dem Revanchismus im Geschichtsbild Steinbachs auseinandergesetzt. Es sei hier nur daran erinnert, dass Steinbach 1990 im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stimmte und 2004 die Aufnahme Polens in die EU von einer Entschuldigung Polens gegenüber den Vertriebenen abhängig machen wollte.

w.s.

# Von Arbeitermiliz bis ZOMO

Von Udo Kühn

**Die seit 1970 bestehende Dokumentation Polen-Information erschließt Informationsquellen, die nicht nur informative Fakten über Polen liefern, sondern auch die deutsch-polnischen Bemühungen um eine gute Nachbarschaft dokumentieren. Sie ist neben dem eigentlichen Sinn, Texte zu archivieren und abrufbar zu machen, ebenso geeignet, Stichworte aufzurufen. Im Folgenden finden Sie beispielhaft eine alphabetische Auswahl zu einigen manchmal weniger geläufigen Daten und Ereignissen aus der länger zurückliegenden Vergangenheit wie auch neueren Datums.**

## A wie Arbeitermilizen

Die 1946 gegründeten **Arbeitermilizen** hatten 600.000 Mitglieder, die als Freiwillige dienten. Die Auflösung nach der politischen Wende 1989 wurde mit einem Gesetz beschlossen: 283 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen bei 35 Enthaltungen.

## B wie Bensberger Memorandum

**Bensberger Memorandum:** Der „Bensberger Kreis“ ist eine auf Initiative des Publizisten W. Dirks 1966 gegründete Vereinigung politisch engagierter Katholiken mit dem Ziel, im Sinne einer Demokratisierung aller Lebensbereiche Reformen in Staat und Gesellschaft, aber auch in der Kirche selbst durchzusetzen. Der "Bensberger Kreis" gab mehrere Memoranden heraus, in denen er für die deutsch-polnische Aussöhnung und für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (1968) eintrat.

## C wie Charta der Heimat-Vertriebenen

Die **Charta der deutschen Heimat-Vertriebenen** (Stuttgart 5.8.1950) bekennt sich unter Verzicht auf Rache und Vergeltung zum „Recht auf die Heimat als einem der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit“ und zur „gleichberechtigten Teilnahme der Vertriebenen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas“.

## D wie Deutsch-Polnisch

Das **Deutsche Polen-Institut Darmstadt** wurde am 11. März 1980 in Darmstadt auf der Mathildenhöhe im „Olbrich-Haus“ eröffnet. Die Gründung des Deutschen Polen-Instituts geht auf eine Anregung von Karl Dedecius und eine Empfehlung des ersten Deutsch-Polnischen Forums zurück, das 1977 in Bonn tagte. Die Direktoren des Deutschen Polen-Instituts waren: Karl Dedecius (bis 1998), Günther Metzger (1998-1999), Dieter Bingen (seit 1999).

Das I. **Deutsch-Polnische Forum** fand auf Vereinbarung (1976 in Bonn) zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Edward Gierek 1977 in Bonn statt. Das II. Deutsch-Polnische Forum war vom 17. bis 19. Oktober 1978 in Olsztyn/Polen.

Der 1995 gegründete **Deutsch-Polnische Poetendampfer** gehörte von 1995-1998 zur Neuen Gesellschaft für Literatur Berlin und 1999 dem Verein „WIR“. Der Deutsch-Polnische Poetendampfer setzte sich in unregelmäßigen Abständen in Bewegung, um sich in literarischem Fahrwasser zu bewegen. Über 100 polnische, deutsche und auch tschechische Schriftstellerinnen und Schriftsteller gingen mitunter an Bord und bestritten, während sie beispielsweise die Oder abwärts fuhren, gemeinsam ein vielseitiges Programm an Lesungen, Diskussionen und Literaturworkshops. Es reisten außerdem auch Übersetzer und Lektoren, Journalisten und Fotografen, Verlagsvertreter und Redakteure literarischer Zeitschriften mit, die an den öffentlichen Veranstaltungen an Land auch teilnahmen, die in Rat- und Kulturhäusern, Clubs, auf Burgen und Schlössern beiderseits der Oder stattfanden.

## E wie Europa-Universität Viadrina

Die **Europa-Universität Viadrina** (Frankfurt-Oder) wurde 1991 gegründet, aber den Studienbetrieb gibt es seit 1992. Im Oktober 1997 kamen von 2861 Studenten 1073 aus Polen, die hier Jura, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften erlernen wollten. 1696 Studenten hatten einen deutschen Paß, die übrigen 92 stammten aus drei Dutzend anderen Ländern von Afghanistan bis Ungarn. Die juristische Fakultät ist die größte an der Viadrina.

## G wie Gewerkschaft

Die **Gewerkschaft „Solidarność“** wurde im August 1980 in Danzig als Opposition zu den staatlichen Gewerkschaften gegründet. Sie entstand aus einer Streikbewegung heraus und wirkte entscheidend an der politischen Wende 1989 mit.

## I wie International

Die **Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz**, auch IJBS Oswiecim genannt, entstand 1986 als Bildungseinrichtung Dank der Einsatzbereitschaft vieler Menschen und Institutionen aus Deutschland und Polen. Eng verbunden mit diesem Projekt war Volker von Törne, der die Realisierung aber nicht mehr erlebte.

## Das Projekt

Seit dem 1. Oktober 1970 erfasst und archiviert der Dokumentar Udo Kühn vor allem Presseartikel über Polen. Weit über 50.000 recherchierbare Dokumente sind in seiner Dokumentation Polen-Information zusammengetragen worden. Dieser Bestand ist seit einigen Jahren im Deutschen Polen-Institut in Darmstadt mit der Datenbanksoftware Lidos recherchierbar. Um sie auch ortsunabhängig benutzen zu können, ist diese Dokumentation auch auf CD-ROM erhaltbar.

Dabei hat man sich, um Kosten und Preis niedrig, wie auch die Bedienung einfach zu halten, für eine unaufwendige Technik entschieden: die Dokumentation Polen-Information auf CD-ROM läßt sich mit dem verbreiteten Textverarbeitungsprogramm MS Word benutzen. Das hat selbstverständlich auch Nachteile: wo z.B. mit einer Datenbanksoftware elegantere Lösungen möglich gewesen wären, muss man hier mitunter etwas umständlich mit registerähnlichen Dateien arbeiten, und in den beiden umfassenderen Textdateien wird man dann auf die schlichte Suchfunktion dieses Textverarbeitungsprogramms zurückgeworfen. Doch muss man bald feststellen, dass Kenntnisse in MS Word vorausgesetzt, Recherchieren mit dieser Technik hervorragend funktioniert. Mancher verwöhnte, weil mit aufwendigsten Datenbanksystemen vertraute Recherchierender wird staunen, wie effektiv man auch mit einfachen Mitteln arbeiten kann.

Beeindruckend ist die Breite der ausgewerteten Medien: neben überregionalen Zeitungen und Zeitschriften werden auch kleinstädtische Lokalblätter ausgewertet. Niedersachsen ist durch eine Reihe von bekannten Tageszeitungen vertreten: Braunschweiger Zeitung, Göttinger Tagblatt, HAZ, Landeszeitung [Lüneburg], NHP u.a. Die Dokumentation Polen-Information bietet gerade durch diese Breite umfassende Informationen über Polen und besonders das deutsch-polnische Verhältnis, weil sich nicht nur die „große Politik“ darin wiederfindet, sondern auch Kontakte auf unterster Ebene erfasst werden wie Partnerschaften zwischen Landkreisen und Kooperationen z.B. von Vereinen.

Die CD kann direkt beim Dokumentar Udo Kühn erworben werden: Am Diebsberg 6, 64711 Erbach oder per Internet: <http://www.dok-pol-inf.de/frameset.html>. Sie kostet 50€.



Bereits 1974 erteilte die polnische Regierung zu diesem Projekt ihre Zustimmung. Im Vorfeld gab es einige Diskussionen und Vorbehalte von deutscher Seite, ob eine Jugendbegegnungsstätte neben dem ehemaligen deutschen Konzentrationslager errichtet werden sollte.

**K wie Kopernikus-Gruppe**

Die **Kopernikus-Gruppe** versteht sich als Arbeitsgruppe deutscher und polnischer Experten. Sie wurde vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt und dem Institut für nordeuropäische Studien in Stettin am 13./14. April 2000 gegründet.

**N wie Nachbarschaftsvertrag**

Der **Nachbarschaftsvertrag** wurde am 17. Juni 1991 von der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen unterzeichnet. Er beinhaltet eine Zielvereinbarung für gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

**P wie polnische Botschafter**

**Polnische Botschafter** in der BRD:

- Waclaw Piatkowski: 9.10.1972 bis 20.6.1978
- Jan Chyliński: 20.6.1978 bis 21.4.1983
- Tadeusz Olechowski: 21.4.1983 bis 11.4.1986
- Tadeusz Nestorowicz: 11.4.1986 bis 10.8.1987
- Ryszard Karski: 10.8.1987 bis 15.7.1990
- Janusz Reiter: 9.9.1990 bis 12.7.1995
- Andrzej Byrt: 18.12.1995 bis April 2001
- Jerzy Kranz: 10. April 2001 bis September 2006
- Marek Prawda: ab September 2006

**S wie Schulbuchkonferenz**

Die erste **Schulbuchkonferenz** fand im Februar 1972 in Warschau statt und war eine deutsch-polnische Historiker-, Geografen- und Schulbuchexperten-Konferenz. Im Jahre 2007 wurde das 35-jährige Bestehen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission gefeiert. Diese wurde auf Initiative Georg Eckerts, des damaligen Präsidenten der deutschen UNESCO-Kommission und seiner polnischen Amtskollegin, Eugenia Krassowska, gegründet. Sie hatten 1970 den Entschluss gefasst, die Geschichts- und Geografiebücher ihrer Länder wechselseitig zu begutachten und zu verbessern. Die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkonferenz tagte auf Einladung der polnischen UNESCO-Kommission dann erstmals 1972 in Warschau.

**Ü wie Übersetzung**

**Übersetzungen** aus dem Polnischen ins Deutsche sind, auch im Hinblick auf vergleichbare Sprachen, bibliografisch gut erschlossen.

Übersetzungen polnischer Literatur ins Deutsche für den Zeitraum 1945-1970: DDR 516 Titel = 54,9%; BRD und West-

**Filmpremiere mit Kardinal und Präsident**

**„Popie³uszko“ in der Warschauer Oper**

Der emeritierte Kardinal Józef Glemp (79) gibt im Eingangsbereich der Warschauer Nationaloper leutselig Autogramme - wie ein Filmstar. Tatsächlich wirkt er auch als



**Opernhaus Warschau - Popie³uszko-Film - Foto: Hans Kumpf**

(Selbst-)Darsteller in einem Kinofilm mit, der in dem edlen Hause festliche Premiere feiert. Zur pompösen Präsentation des Streifens „Popie³uszko“ fährt auch Staatspräsident Lech Kaczyński vor, im Gefolge Leibwächter, Mutter und Gattin. Zwillingbruder Jaros³aw, früher Ministerpräsident und jetzt nur noch streitlustiger Chef der „PiS“ (Partei „Recht und Gerechtigkeit“), fehlt. Nur zwei Fotografen warten fröstelnd vor den Türen auf die diversen VIPs, die große Journalistenschar hält

Berlin 341 Titel = 36,3%; Österreich 46 Titel = 4,9%; Schweiz (ohne franz. Übersetzung.) 37 Titel = 3,9%; insgesamt 940 Titel = 100%

**W wie Warschauer Pakt oder Warschauer Vertrag**

Der **Warschauer Pakt** wurde am 1. Juli 1991 formell aufgelöst. Ein entsprechendes Protokoll bestätigt die Unterzeichnung von den 6 Mitgliedsstaaten in Prag. Der Warschauer Pakt wurde ursprünglich auf 20 Jahre als militärischer Beistandspakt am 14. Mai 1955 geschlossen.

Der **Warschauer Vertrag** wurde am 7. Dezember 1970 unterzeichnet. Es handelt sich um einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehun-

sich lieber im warmen Foyer auf. Ganz und gar nicht ein Schaulaufen wie auf der Berlinale oder wie in Cannes und Los Angeles.

Schon im Vorfeld tönnten die Medien, dass das neue Filmwerk über das Leben des im Oktober 1984 entführten, gefolterten und schließlich ermordeten Solidarność-Priesters das bedeutendste cineastische Ereignis Polens in den letzten zwei Jahrzehnten

sei (und somit die Aufarbeitung des Katyn-Massakers durch den berühmten Regisseur Andrzej Wajda in den Schatten stelle). Über 6000 Komparsen wirkten in den „protestierenden“ Massenszenen mit, und ein biederes Syrena-Auto aus alten kommunistischen

Zeiten kurvt wild

in James-Bond-Manier herum....

Mehrere Fernsehstationen berichten in ausführlichen „live“-Schaltungen von der Uraufführung und interviewen die geladenen Promis, darunter auch Präsident Kaczyński, der sich „beeindruckt“ von dem Film zeigt. Die Titelrolle hat Adam Woronowicz übernommen, Regie führte Rafa³ Wiecejowski. Seit dem 27. Februar darf in Polen das gemeine Volk „Popie³uszko - Die Freiheit ist in uns“ anschauen. **haku.**

gen. Die Abstimmung über die Vertragsratifizierung erfolgte im Deutschen Bundestag in Bonn. Abgegebene Stimmen: 495; Ja: 248; Nein: 17; Enthaltungen: 230.

**Z wie ZOMO**

**ZOMO (Zmotoryzowane Odwoody Milicji Obywatelskiej)** wurde 1956 gegründet und war eine kasernierte paramilitärische Organisation der Polizei (Milicja Obywatelska) in der Volksrepublik Polen. Sie sollte dazu dienen, eventuelle Unruhen niederzuschlagen. Nach Angaben des polnischen Innenministeriums gab es 12.819 ZOMO-Angehörige, nicht gerechnet solche, die nur zeitweise im Dienst waren. Nach einer Rechnung des Internationalen Instituts für strategische Studien in London gehörten etwa 28.000 Mann den ZOMO-Einheiten an. 1989 wurde die ZOMO aufgelöst. **○**

# Regener Austausch - von beiden Seiten gesehen

Seit 15 Jahren gibt es einen regen Austausch zwischen einer privaten Initiative in Hattingen und Sprockhövel und einer Technischen Universität in Polen. Es ist wohl selten, dass eine private Initiative zweier Partner mit so unterschiedlicher Herkunft überhaupt organisiert wird und dass dies über einen so langen Zeitraum stattfindet. Im Folgenden zeigen wir mit einem Beitrag aus Hattingen-Sprockhövel und einem Auszug aus der Internetseite der polnischen Hochschule, wie beide Seiten diesen Austausch als einen echten Gewinn ansehen.

## Echte Freundschaft und reger Kulturaustausch

Von Inge Haack

1994 begann eine Freundschaft zwischen polnischen Studenten der AGH Kraków, einer Technischen Universität, an der man Bergbau und Hüttenkunde sowie Geologie studieren kann, und einer Gruppe von Hattinger und Sprockhöveler Bürgern. Bei einer Stadtführung durch Hattingen lernte ich als Stadtführerin eine polnische Studentengruppe und ihren damaligen Betreuer Prof. Dr. Bronisław Baruchański kennen. Er war begeistert von der Führung und lud mich mit einer Gruppe nach Krakau ein.

Mit dabei war die stellvertretende Bürgermeisterin von Hattingen Leni Meinecke. Der Besuch war ein voller Erfolg. Da die Städte keinen Austausch institutionalisieren wollten, beschlossen wir, privat initiativ zu werden. So entstand der Deutsch-Polnische Freundschaftskreis Sprockhövel-Hattingen-Krakau.

Jedes Jahr kommen seitdem zwölf polnische Studenten der AGH für ein Wochenende zu Gast in Familien aus Sprockhövel und Hattingen. Für die Studenten, die im Bergbau, d.h. im Bergwerk Ibbenbüren, ein Praktikum absolvieren, ist das eine gern gesehene Abwechslung. Gerade in Zeiten des vereinten Europas ist es wichtig, Vorurteile abzubauen und voneinander zu lernen. Das ist uns gelungen. Wenn wir nach Krakau kommen, sind wir jedes Mal von der Herzlichkeit der Polen beeindruckt. In Polen werden für uns verschiedene Ausflüge, so auch nach Schlesien organisiert. Es gibt dort wunderschöne Schlösser und

Parks. Für die deutsche Minderheit, aber nicht nur für sie, wird wieder Deutsch in etlichen Schulen unterrichtet. Ein toller Schritt nach vorne. Immer wieder sind wir über die umfassenden Geschichtskennntnisse unserer polnischer Studenten über diese Region sehr erstaunt.

Möglich ist unser Hattinger-Sprockhöveler-Projekt nur, weil der Lions-Club Sprockhövel-Herbede und die Sparkasse Sprockhövel den Austausch finanziell unterstützen. Dank auch dem Heimatverein Sprockhövel, der nicht nur die Räume zur Verfügung stellt, sondern aktiv bei der Gestaltung des Wochenendes mit den pol-

tinger und Sprockhöveler nach Krakau. Mit dabei war wieder die stellvertretende Bürgermeisterin von Hattingen, Leni Meinecke. Nach einer großen Barbarafeier mit 500 Studenten, Professoren und Gästen aus St. Petersburg, Freiberg, Aschen, Vertretern aus Ibbenbüren und vom RWE gab es für unsere Gruppe eine Überraschung. Nach einem herzlichen Empfang durch den Rektor der AGH, Prof. Dr. Antoni Tajdus, wurde die Gruppe feierlich in die Aula gebeten. Neben zahlreichen Ehrungen für die Professoren wurde Inge Haack für 15 Jahre mustergültige Zusammenarbeit mit der AGH Kraków mit der „Meda<sup>3</sup> Rektora AGH“ ausgezeichnet.

Eine zweite Medaille gab es von der Internationalen Expo in Krakau.

Hierüber ist der Freundeskreis besonders glücklich.

Dekan Prof. Dr. Czaja und seine Gattin Maria luden die Gruppe dann zu einem festlichen Abend-

essen in ihr Haus ein. Mit dabei war auch Prof. Dr. Bardański. Viele Erinnerungen wurden ausgetauscht. Natürlich standen auch wieder Ausflüge auf dem Programm, wozu die AGH einen Bus zur Verfügung stellte. Die Gruppe fuhr nach Zakopane und, was wir besonders wichtig finden, auf Wunsch der jüngsten der Gruppe, der 18jährigen Lena Schepeler, nach Auschwitz. Dieser Besuch war sehr bewegend und beeindruckend. Ein Teil der Gruppe fuhr auch nach Schlesien: nach Kattowitz, Gleiwitz und zu einem Kloster in der Nähe von Oppeln. Auch gab es ein Wiedersehen mit ehemaligen Studenten und ihren Familien, um eine Adventfeier für drei Patenkin- der zu feiern. ○



Die polnischen Gaststudenten zusammen mit ihren Gasteltern aus Sprockhövel und Hattingen - Foto: Haack

nischen Studenten mithilfe. So wird hier jedes Mal der gemütliche Samstagabend organisiert. Der Sonntag ist der Kultur gewidmet. So haben wir schon die Hattinger Altstadt, die Henrichshütte, das Bergbaumuseum Bochum und das technische Museum Hagen besucht.

Zum 15. Treffen im September 2008 kamen wieder zwölf Studenten mit Dekan Prof. Dr. Piotr Czaja nach Sprockhövel. Ca. 50 Gastgeber und Gäste feierten diesmal ein besonders gefühvolles Fest. Dr. Prof. Dr. Czaja gab mittlerweile sein Amt an Dr. Wójtek Naworyta ab. Dr. Naworyta hat selbst als Student in den Jahren 1998-2000 dreimal an dem Austausch teilgenommen.

Im Dezember 2008 führen dann acht Hat-

## Immer wieder ein schönes Erlebnis

**Am 26.-27. Juli nahmen die (Bergbau-)Praktikanten an einem Jubiläumstreffen, dem 10. Treffen, von Studenten der AGH Kraków und Vertretern aus den Ruhrgebietsstädten Sprockhövel und Hattingen teil. Diese Gruppe wird von Frau Inge Haack, einer Stadtführerin in Hattingen und Initiatorin einer hervor-**



**Auf ihrer Internetseite berichtet die AGH Kraków über den Austausch mit dem deutschen Bergbau**

**ragenden Initiative, die polnisch-deutsche berufliche Kontakte mit touristischen Elementen verbindet, organisiert. Die Treffen in Sprockhövel und Hattingen finden seit Jahren nach einem ähnlichen Drehbuch statt.**

Nach der Ankunft in der Stadt erwarten an einem bestimmten Treffpunkt deutsche Familien mit ihren Autos die Studenten, die bei ihnen wohnen. Es sind Familien ehemaliger Bergleute des Ruhrgebiets, Wissenschaftler, aber auch polnische Familien, die dort ihre zweite Heimat gefunden

haben und gerne 24 Stunden mit polnischen Burschen verbringen. Das ist sehr sympathisch!

Um 17.15 Uhr findet in der örtlichen katholischen Kirche ein gemeinsamer Wochenendgottesdienst statt, an dem die polnischen Studenten und die deutschen Gastgeber teilnehmen. Nach der Messe ist die Zeit für ein großes polnisch-deutsches Treffen im Garten des Vereins "Heimatstube", bei dem gegrillt und gesungen wird. In

diesem Jahr beehrte aus Anlass des 10-jährigen Jubiläums der sich in der Nähe im Urlaub befindende Dekan für Bergbau und Bergingenieurwesen, Prof. Jerzy Klich mit seiner Frau das Treffen. Das erste Mal nahm auch der Bürgermeister der

Stadt Sprockhövel, Herr Paul Gerhard Flasdieck, teil.

Von Beginn an unserer Ankunft in Sprockhövel konnte man spüren, dass etwas Unerwartetes in der Luft hing. Und tatsächlich, an dem Treffen im Garten der Heimatstube nahm Frau Ewa Grajewska-Lalla, Sängerin des Musiktheaters in Hagen, zusammen mit einem Mitglied des Orchesters ihres Theaters teil, die neben einigen künstlerischen Darbietungen ihre schönen Stimmen für ein gemeinsam gesungenes polnisches Trinklied nutzten, was die Stimmung des

Treffens sichtlich löste. Ähnlich wirkte die Stimmung unter dem Zelt, es war in diesem Jahr besonders schlechtes Wetter. Diejenigen, die das Verhalten von Bergleuten bei Trinkliedern kennen, u.a. in einer Bierkneipe, wundert sich nicht, dass man in einer zahlenmäßig so kleinen Gruppe, vielleicht aber auch nur hier, so schön singen kann. Das künstlerische Programm bereitete wie gewöhnlich der den polnischen Studenten so freundschaftlich verbundene Ulrich Pätzold-Jäger, Professor der höheren Berufsschule in Witten, vor. Er muss bereits vorher darüber informiert haben, denn in der städtischen Zeitung „Stadt-Spiegel“ konnte man ausführliche Informationen über die Barbarafeierlichkeiten in Krakau lesen wie auch über die Treffen hier in Sprockhövel. Der zweite Tag in Hattingen ist in der Regel durch ein interessantes touristisches Programm ausgefüllt (...). Die Umgebung ist reich an hervorragender Architektur sowie vielen Industriedenkmählern, wie z.B. das Bergbaumuseum in Bochum. Ähnlich wie in den vorherigen Jahren luden die Sponsoren dieses interessanten Ausfluges die Studenten zu einem Mahl ein. An dem Essen nahm Leni Meinecke teil, die stellvertretende Bürgermeisterin dieser schönen Stadt, die auch am ersten sehr konstruktiven Treffen 1994 teilgenommen hatte.

Im Rahmen des Kulturprogramms besuchte die Gruppe Amsterdam, die Hauptstadt Hollands, Münster, Osnabrück und Teklenburg und nahm am 19. Juli am jährlichen Familienfest der Bergleute teil. ○

**Auszüge von der Internetseite der AGH Kraków:** [http://www.biuletyn.agh.edu.pl/archiwum\\_bip/\\_2003/\\_120\\_121/12\\_120\\_121.html](http://www.biuletyn.agh.edu.pl/archiwum_bip/_2003/_120_121/12_120_121.html); **Übersetzung:** W. Schade

## Ich möchte die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. unterstützen:

- Ich bitte um kostenlose Zusendung einer Probenummer von *POLEN und wir*
- Ich möchte *POLEN und wir* abonnieren. Das Jahresabonnement kostet 12 € incl. Zustellgebühr (Ausland 12.- Euro zuzügl. Zustellgebühren) für vier Ausgaben.
- Ich möchte Mitglied werden! Bitte schicken Sie mir Satzung und Aufnahmeantrag!
- Ich möchte die Deutsch-Polnische Gesellschaft durch eine Spende unterstützen: Postbank Essen, Konto: 34256-430, BLZ: 360 100 43

**Informationen bei:**

**Deutsch-Polnische Gesellschaft der BRD  
c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe**



# Ich liebe das Leben eines Reisenden

Mit Tomasz Stańko sprach in seiner Warschauer Wohnung am 27.2.2009 Hans Kumpf

Nach wie vor gilt Tomasz Stańko (Jahrgang 1942) als der führende polnische Jazzmusiker, der auf seiner Trompete einen ganz individuellen Sound pflegt, den ich gerne als „rau und herzlich“ bezeichne. Zwischen einem USA-Aufenthalt und einem Trip nach Neuseeland hatte der viel beschäftigte Künstler in Warschau eine Stunde kostbare Zeit für ein Interview mit angehängtem Fototermin. Er lud mich in seine gleich beim Parlamentsgebäude gelegene Wohnung ein, in die der Blechbläser eine mit Perserteppichen ausgelegte schalldichte Übungskabine eingebaut hat. Bei einer Tasse Tee sprach er über Obara und Obama, über Aktualitäten in der Jazzszene und in seinem Leben. Besonders stolz ist er momentan auf sein „Nordic Quintet“, in dem noch Alexi Tuomarila (Piano), Jakob Bro (Gitarre), Anders Christensen (Bass) und Olavi Louhivuori (Schlagzeug) mitwirken.

**Hans Kumpf:** 1991, also Jahre nach dem gesellschaftspolitischen Wechsel in Polen, befragte ich Dich beim Jazz Baltica Festival in Kiel, nach der ökonomi-

dem Schwarzmarkt umzutauschen. Das ist vorbei, diese Art von Unterstützung gibt es nicht mehr. Polen als armes Land hatte nicht die Möglichkeit, Künstler wie mich



Tomasz Stańko, 27. February 2009, Warschau  
Foto: Hans Kumpf, Schwäbisch Hall

schon Situation in Deinem Heimatland. Damals sagtest Du, dass die Menschen bei ihrem Geldmangel ganz genau überlegen müssten, was sie sich finanziell leisten können. Wie sieht es heute aus?  
**Tomasz Stańko:** Bei mir ist es eine ganz besondere Situation. Für mich ist es jetzt sehr viel besser. Anfang der 1990er Jahre begann für mich ein neuer Lebensabschnitt. Der Wechsel war wirklich eine ernsthafte Angelegenheit. Da gab es auch keine Möglichkeit mehr, Westdevisen auf

zu subventionieren. Deshalb änderte ich meine Lebensweise - ich hörte auf mit Aufputschmitteln, ich stoppte das Trinken. Ich war am Entscheidungspunkt angelangt - entweder abzustürzen oder aufzusteigen. Dies war für mich ein guter Schritt. Da fing ich an, mein Leben genau zu kontrollieren, auch vom ökonomischen Aspekt meiner Kunst her. Ich kam zur ECM zurück und arbeitete hart. Ich sprach viel mit dem Plattenproduzenten Manfred Eicher, konkrete Pläne wurden entwickelt. Ich übte viel.

Meine Situation änderte sich also total. Seit Mitte der 90er Jahre habe ich mir international einen Namen machen können. Die Musiker und die Fachleute wussten schon immer, dass meine Musik sehr originell ist, dass ich einen ganz individuellen Sound habe. In den letzten 15, 20 Jahren profitiere ich nun davon. Dank ECM war mir eine große internationale Karriere vergönnt. Diese Jahre waren für mich sehr erfolgreich. Auch in Polen konnte ich meine Position festigen, ich bin einer der angesehensten Künstler hier...

**...Du wurdest erneute von den „Jazz Forum“-Lesern erneut zum „Jazzmusiker des Jahres“ gewählt....**

Ich bin aber nicht nur im Sektor Jazz erfolgreich. Ich bin wohl der einzige Jazzmusiker hierzulande, der auch außerhalb dieses Genres wirklich populär ist. Ich komme oft ins Fernsehen, komponiere, schreibe Musik fürs Theater. Wie gesagt, als ich einsah, wie gefährlich es werden kann, habe ich mein Leben vollständig umgekrempelt. Nun gehe ich sehr diszipliniert vor.

**Spielst Du noch in Clubs?**

In Warschau spiele ich nicht in Clubs, in Polen habe ich weitaus bessere Gigs. Der „Tygmont“ hier ist ein sehr guter Club, aber er kümmert sich doch nicht so sehr um die Musik, das Piano dort ist nicht in Schuss. Lieber trete ich in New Yorker Clubs auf....

**Im „Tygmont“ mögen die Leute lieber palavern als zuzuhören...**

Doch im „Tygmont“ hören die Besucher der Musik zu. Der „Tygmont“ ist ein sehr guter Club!

**Ich war jetzt drei Mal dort....**

.... und sie schwätzten? Natürlich... Club ist eben Club. Der „Tygmont“ ist seit einigen Jahren eines der besten Jazzlokale. Aber die besten Jazzclubs gibt es jetzt in New York, wirklich professionell geführte Einrichtungen. Die Leute hören beim Free Jazz nun genau zu. Es gibt jetzt viele Clubs mit freier Musik: „Village Vanguard“, auch im, im...

**...„Blue Note“?**

„Blue Note“ - dort nicht so sehr.

**Aber „The Knitting Factory“ machte dicht...**

Ja, die ist jetzt zu. Aber auf der Eastside gibt es einen guten Club, dessen Namen mir gerade nicht einfällt. In Brooklyn gibt es jetzt viele Aktivitäten. Es gibt viele Spielmöglichkeiten. Mit meiner amerikanischen Band konzertierte ich bald mit meiner amerikanischen Band in der „Merking Hall“, in der meist klassische Musik geboten wird.

### Hast Du genügend Zuhörer in New York?

Ja, doch. Im Mai 2008 spielte ich im „Moma“ Filmmusik von Krzysztof Komeda und eigene Kompositionen.

### Dies war also im „Museum of Modern Art“?

Ja, und das war wirklich voll.

### Als ich 1990 in New York Urszula Dudziak im Konzert erlebte, verloren sich in dem Lokal nur dreißig Leute...

Wirklich? In New York trete ich gerne im „Birdland“ auf. Die haben eine gute Bühne, ein guter Club. Ich spielte da mal drei Tage mit jeweils zwei Shows hintereinander. Es war jeweils voll. Da kamen eine Menge Leute. Nun wartet der Clubmanager auf ein neues Angebot von mir, vermutlich komme ich mit meinem neuen Quintett. Sie zahlen gut, auch in der „Merking Hall“. In den letzten Jahren konzertierte ich oft in New York. Das ist eben ECM, die machen gute Promotion und sind in New York ganz gut aufgestellt.

### Wie sieht es derzeit mit der Jazzszene in Polen aus?

Die ist sehr interessant. Da gibt es einige gute junge Musiker, und da gibt es einen besonders talentierten Saxofonisten: Maciej Obara. Er machte eben eine exzellente Platte. Manfred Eicher machte mich auf ihn aufmerksam. Eigentlich kenne ich die polnische Szene und die Newcomer, weil ich gerne mit jungen Musikern zusammenarbeite. Aber er war mir nicht begegnet und Manfred sagte mir, ich solle auf diesen Typ achten. Der Kerl ist wirklich spitze. Ich engagierte ihn für Theatermusik und nahm mit ihm ein paar Gigs wahr. Aber ich setzte derzeit nicht so viel Saxofon ein. Er hat mir kürzlich seine CD zugeschickt - eine fantastische Musik, voller Originalität. Dann gibt es in einer kleiner Stadt einen hervorragenden Pianisten, Dominik Wania. Auch mit ihm hatte ich ein paar Gigs, im April werde ich mit ihm in Wien spielen, da veranstaltet der berühmte Club „Porgy & Bess“ ein kleines Festival. Da trete ich an drei Abenden auf, zusammen mit österreichischen Musikern - darunter der Pianist Fritz Pauer, meinem Nordic Quintet und meiner Gruppe mit Wania, dem Bassisten Sławomir Kurkiewicz und dem finnischen Schlagzeuger Olavi Louhivuori. In Polen gibt es eine Menge hervorragender Musiker. Zusammen mit meiner Tochter Anna organisiere ich im Süden Polens, in Bielsko-Biala ein Festival. Wir müssen in Kontakt bleiben, vielleicht kannst Du mit Deiner Frau kommen.

### 1971 hörte ich Dich in Donaueschingen bei den „Actions“ von Krzysztof Penderecki. Hast Du mit ihm in den letzten Jah-

### ren nochmals zusammengearbeitet?

Nein. Für Herrn Penderecki war das ein einmaliges Meeting mit dem Jazz. Aber der Chef des Musikverlags PWM in Krakau möchte diese Komposition wieder aufführen. Vielleicht werden wir ein weiteres Mal diese Musik interpretieren.

### Ich möchte wieder auf die mittlerweile verschiedentlich als CD herausgebrachte Platte „Astigmatic“ zu sprechen kommen...

Eine sehr schöne Platte, sie bedeutete den Beginn meiner Karriere....

### ...1965...

... mit Günter Lenz, ein sehr guter Bassist.

### Wie war es? Am gleichen Abend spielte doch bei der „Jazz Jamborie“ im Komed-Quintett ein polnischer Bassist.

Ja. An dem Abend spielte Janusz Kozłowski...

### Er spielte im Konzert, aber dann nicht im Studio.

Er war nicht gut genug. Komeda wollte als Bassisten eigentlich Roman Dylag haben, aber dieser war international zu sehr beschäftigt. Er spielte mit dem Saxofonisten, der die „European Rhythm Machine“ hatte...

### ...Phil Woods.

Phil Woods. Günter ist ein dufter Musiker.

### Wie sieht es in Polen aus mit der Unterstützung des Jazz durch die Behörden?

Immer noch werden Festivals und Konzerte subventioniert. Jedes Land ist da anders strukturiert. Wir Musiker bekommen nicht Geld wie in Skandinavien, wie in Schweden. Oft helfen die Städte oder beispielsweise Banken. Ich lebe davon. Ich habe hier einen guten Namen. Überall ist es anders. Die amerikanischen Musiker finden ihren Support in Europa! Sie sind bekannt, und sie werden hier verlangt.

### Im Oktober 2008 war ich zusammen mit dem Jugendjazzorchester Baden-Württemberg in Abu Dhabi. Der deutsche Botschafter dort ist ein Jazzfan und die Band spielte für Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der ebenfalls ein Jazzkenner und freundschaftlich mit Till Brönner verbunden ist....

... ein sehr guter Trompeter!

### Meine Frage nun: Gibt es auch in Polen Politiker, die Jazzfans sind?

Viele. Beispielsweise Marek Borowski, der frühere Parlamentspräsident. Kwaśniewski etwas.

### Bei den rechten Parteien gibt es keine Jazzfans?

Nein, da nicht. Doch: Kaczyński, weil seine Tochter Jazz liebt. Sie war mein Fan. Also Lech Kaczyński, der Präsident?

Ja. Und in Amerika liebt Obama die Musik von Miles Davis. ○

## Deutsch-polnische Rad- und Wandertouren der guten Nachbarschaft 2009

### Radtour der guten Nachbarschaft nach Sl'sk/Schlesien

Termin: 27.6.-4.7.2009

1. Tag: Forst-Lubsko-Nowogród-Bo-brzański-Szprotawa - ca. 85 km.
2. Tag: Szprotawa-Przemków-Chocią-nów-Lubin-Scinawa-Wo<sup>3</sup>ów - ca. 94 km.
3. Tag: Wo<sup>3</sup>ów-Trzebnica-Oleśnica-Bieru-tów-Namys<sup>3</sup>ów - ca. 75 km.
4. Tag: Namys<sup>3</sup>ów-Opole - ca. 70 km.
5. Tag: Opole
6. Tag: Opole-Turawa-Bierdzany-Oleśno-Bodzanowice-Przystajń-Pańki-Truskola-sy-Wręczyca-Wielka-Częstochowa - ca. 100km.
7. Tag: Częstochowa
8. Tag: Częstochowa-Forst (Bus)

### Fahrrad- und Wandercamp in Mielno an der Ostsee

Termin: 1.-8. August 2009

Mielno ist bekannt für seinen schönen breiten und langen Strand. Die Gemeinde befindet sich 12 km von der Stadt Koszalin entfernt. Im 'Hinterland' erstreckt sich der Jamno-See. Das Quartier ist in einer Ferienanlage in Strandnähe vorgesehen. Von dort werden Rad- und Wandertouren zu landschaftlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten der Umgebung organisiert.

- Bei mindestens 10 Fußwanderern wird für diese ein eigenständiges Programm erarbeitet.

- An- und Abreise per Bus, sachkundiger Fahrradtransport per LKW.

### Veranstalter: Gesellsch. für gute Nachbarschaft zu Polen u. Ludowe Zespo<sup>3</sup>y Sportowe (LZS) Gorzów/Wlkp.

#### Leistungen:

- Halbverpflegung
- Gepäcktransport
- Übernachtung (einschl. Bettwäsche)
- technische und medizin. Betreuung
- touristisches Programm
- Dolmetscherleistungen

### Gebühren pro Teilnehmer/in voraussichtlich:

**Etappentour:** 370 € p. P. (zzgl. 60 € für Bus-Rückreise incl. Fahrradtransport zur Grenze)

**Fahrrad- und Wandercamp:** 350 € p. P. (zzgl. 60 € für die An- und Abreise ab/zur Grenze per Bus, einschließlich Fahrradtransport)

### Anmeldung: Mirko Buggel

Tel.: 0355/ 30763

Email: m.buggel@guteNachbarn.de oder

Werner Stenzel: Tel./Fax: 030/ 5334303

# Fünf Jahre „Teatr Studio am Salzufer“ in Berlin

Von Detlev Punt

Das „Teatr Studio am Salzufer“, die deutsch-polnische Bühne in Berlin - polsko niemiecka scena w Berlinie feierte am Samstag den 28. 2. 09 mit „Eine alte Frau brütet“ - „Stara kobieta wysiaduje“ - von Tadeusz Rózewicz sein fünfjähriges Jubiläum mit Grußworten des Vizepräsidenten des Bundestages Wolfgang Thierse und des Regierenden Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit.

Die Initiatoren einer solchen Einrichtung in der Bundeshauptstadt waren auf polnischer Seite die Schauspielerin und Regisseurin Janina Szarek, die seit 1981 - damals als Emigrantin - in Berlin (West)/„Westberlin“ lebte, und auf deutscher Seite der Schriftsteller, Kunst- und Kulturwissenschaftler Prof. Olav Münzberg. Beide gründeten mit einigen Intellektuellen und Künstlern 1999 die Internationale Theater



Werkstatt (ITW) Berlin. Deren erstes größeres Projekt war 2002 die „Transformationschule“, um aus ihr - in etwa analog der Konzeption Stanisławskis - jeweils ein selbst ausgebildetes Ensemble projektbezogen aufzubauen. So kam es dann am 28.2.2004 zur Gründung des „Teatr Studio am Salzufer“. Die organisatorische und künstlerische Leitung haben Janina Szarek und Professor Olav Münzberg inne.

Die Zeit, eine solche Bühne in der Bundeshauptstadt zu gründen, war nach dem Fall der Berliner Mauer kulturpolitisch längst reif, zumal befruchtend festgestellt werden musste, dass der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht nur die Geschichte Polens, sondern auch die polnische Kultur unbekannt ist. Die Gründung erfolgte im Kontext und Vorfeld des Beitritts von Polen und anderer osteuropäischer Länder zur Europäischen Union (Mai 2004). Die Schirmherrschaft übernahmen der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der damalige polnische Botschafter. Eröffnet wurde die Bühne mit dem Stück „Die weiße Ehe“ von Tadeusz Rózewicz in der Regie von Janina Szarek.

In fünf Jahren wurden dreizehn Inszenierungen gemacht. Im Mittelpunkt standen und stehen Stücke polnischer Autoren ( u.a.

Witkiewicz, Rózewicz etc.). Wenn man aber das Stück eines nordamerikanischen Autors - so Neil LaBute „Das Maß der Dinge“ - oder eines russischen - so Alexander Gelman „Zwei auf einer Bank“ - inszenierte, wurde an ihnen die Emotionalität und besondere polnische Herangehensweise im Theater zum Ausdruck gebracht, wie sie weltweit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Bedeutung erlangte.

Seit der Gründung wurde das Teatr Studio am Salzufer ideell von Tadeusz Rózewicz unterstützt. Rózewicz besuchte es im September 2004 und erklärte nicht nur, dass ihm die Aufführung hier besser als im Residenztheater in München gefallen habe, sondern auch, dass es „ein Theater der biologischen und geistigen Erneuerung“ sei. Gilt das deutsche Theater als relativ köpfig, einem Technik- und Dingkult verfallen, effekthascherisch und oft langweilig, so

steht hier, wie der Kritiker Bernhard Hartmann in „Theater der Zeit“ titelte „der Mensch im Mittelpunkt“.

Mit dem Stück „Eine alte Frau brütet“ - „Stara kobieta wysiaduje“ - wurden Gastspiele in Deutschland - so im Schauspiel Leipzig, in Hamburg und in Frankfurt / Oder - und in Polen durchgeführt - so im „Teatr Współczesny“, dem „Zeitgenössischen Theater“ in Stettin, im Teatr Ludowy - Volkstheater in Krakau, und beim Festival R@port in Gdynia.

Gespielt wird in der Regel auf Deutsch. Angeboten werden aber auch Gastspiele in polnischer Sprache. So gastierte das Stettiner „Teatr Współczesny“ zwei mal mit „Młodość i miłość“ - „Mann und Frau“ von Alexander Fredro, dem polnischen Moliere, und im Rahmen des Festivals „Kontrapunkt“ mit „Eine kleine“, der Adaption des Romans von Artur D. Liskowacki - über die Geschichte Stettins 1945. Eine Kritik, die dieser Bühne gratuliert, brachte es auf den Punkt, als sie schrieb: „mit einer Ausnahmestellung innerhalb der Berliner Theaterlandschaft und mit seinem hohen künstlerischen Niveau leistet es (das Teatr...) einen entscheidenden Beitrag für das Verständnis(...) der polnischen Kultur in Deutschland.“\* ○

\* G. Matuszek (Hg) „postmystyczny“, Krakau 2006, S.241 und B. Helbig Mischewski / G. Matuszek (Hg), „Fährmann grenzenlos - Deutsche und Polen im neuen Europa“, Hildesheim, New York 2008, Olms Verlag, S.220 - dem Erinnerungsbuch an Henry Bereska, den großen Übersetzer polnischer Kultur ins Deutsche.



Gegen die drohende Klimakatastrophe fanden auch in Polen anlässlich der Weltklimaschutzkonferenz im Dezember 2008 in verschiedenen Städten Demonstrationen statt. So demonstrierten in Posen am 6. Dezember über 1000 Menschen. Eine der radikalsten Parolen war: „Eine Veränderung des Klimas geht nicht ohne Veränderung des Systems“

Verlag Deutsch-Polnische Gesellschaft  
der Bundesrepublik Deutschland e.V  
C/o Manfred Feustel  
Im Freihof 3, 46569 Hünxe



## Historisches Polen aus deutscher Fotografensicht

Am 26. Februar fand in Warschau im an das Bristol-Hotel angrenzenden „Dom Spotkań z Historią“ eine Vernissage statt, die viele Einheimische anlockte. Gezeigt wurden Arbeiten des Berliner Pressefotografen Willy Römer (1887-1979) unter dem Titel „Die Stadt in Glasnegativen - Warschau 1916“. Vor die Plattenkamera hatte Römer damals außer Gebäuden auch einfache Menschen bekommen. Besonders interessierte er sich für das jüdische Leben. Die auch vom Warschauer Goethe-Institut mitgetragene Ausstellung lief bis 5. April 2009.

**haku**

